KOMMUNISTISCHE HOCHSCHULZEITUNG



NR.2 MÄRZ 1973 / HERAUSGEBER MLS - WIEN

Inhaltsverzeichnis

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Vervielfältiger: Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation, für den Inhalt verantwortlich: Margarita Schneider, alle: 1o7o Wien, Westbahnstr. 7/8

DIE ERMORDUNG AMILCAR CABRALS

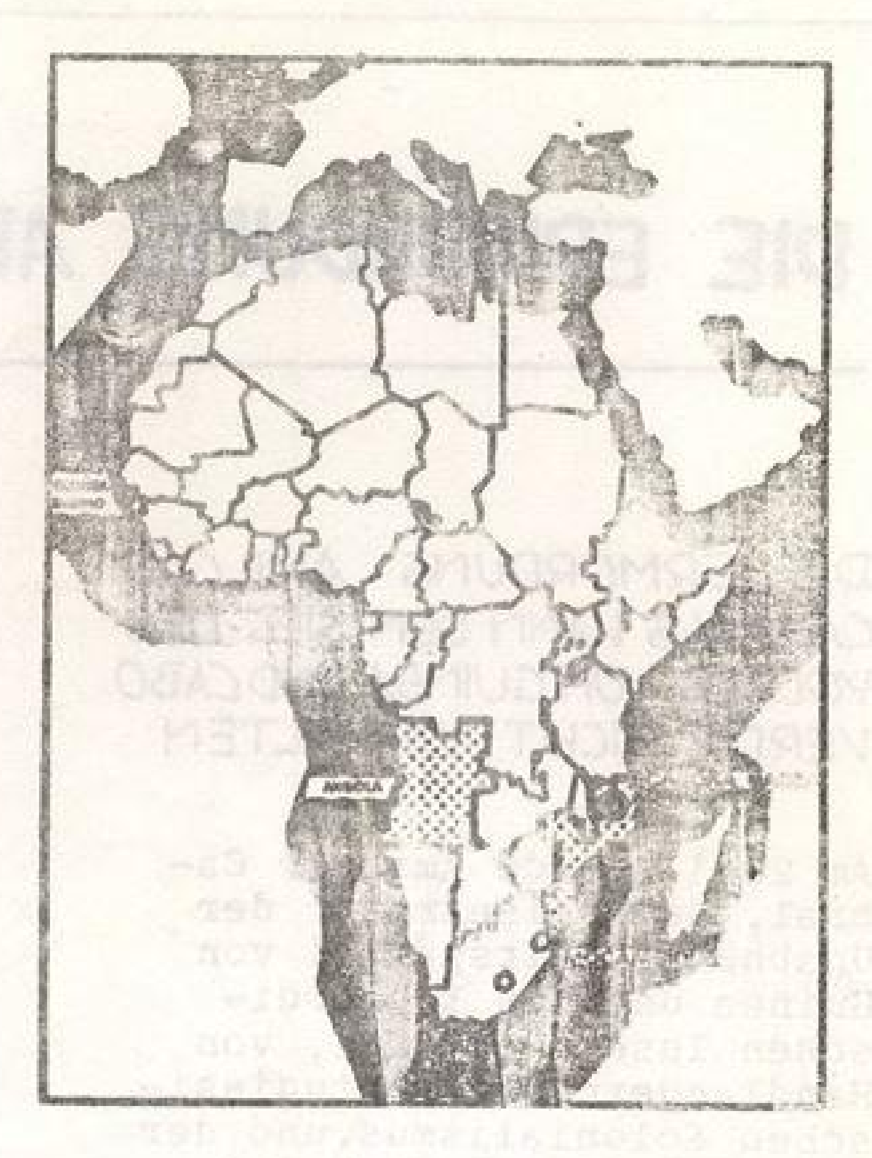
DIE ERMORDUNG AMILCAR CABRALS KANN DEN SIEG DES VOLKES VON GUINEA UND CABO VERDE NICHT AUFHALTEN

Am 20.1. wurde Amilcar Cabral, Generalsekretär der Unabhängigkeitspartei von Guinea und den Kapverdischen Inseln (PAIGC), von Handlangern des portugiesischen Kolonialismus und der internationalen Reaktion ermordet. Damit fiel bereits der dritte Führer der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien einem Mordanschlag zum Opfer. Am 14.7.1966 war bereits Jaime Sigauke, einer der führenden Funktionäre der Befreiungsbewegung von Mozambique (FRELIMO), von Agenten der berüchtigten portugiesischen Geheimpolizei PIDE umgebracht worden. Am 3.2.1969 wurde Eduardo Mondlane, Präsident der FRELIMO, durch ein Bombenattentat getötet.

Der portugiesische Kolonialismus, der dem revolutionären Befreiungskrieg der Völker in seinen afrikanischen Kolonien Angola, Mozambique und Guinea (Bissau) nur mehr mit Hilfe des US-Imperialismus, der BRD und anderen NATO-Staaten und des südafrikanischen Imperialismus Widerstand leisten kann, geht unausweichlich seiner endgültigen Niederlage entgegen. Vergeblich versucht er, diese Niederlage durch die Ermordung der Führer des Befreiungskrieges der afrikanischen Völker hinauszuschieben. Aber der Krieg in den portugiesischen Kolonien gegen Kolonialismus und Imperialismus ist ein Krieg der Völker, er kann durch die Ermordung einzelner Personen nicht aufgehalten werden.



Der Tod Cabrals, einer der bedeutendsten Führer nicht nur des guinesischen Volkes, sondern aller afrikanischen Völker in ihrem Kampf um Freiheit und völlige Unabhängigkeit, ist zwar ein schwerer Verlust für die PAIGC, für die Völker Afrikas und für alle fortschrittlichen Kräfte der Welt, zugleich ist er aber ein Ansporn für die Völker in den afrikanischen Kolonien Portugals, ihren Kampf noch entschlossener bis zum endgültigen Sieg über Kolonialismus und Imperialismus fortzusetzen.



COMMUNIQUE DER PAIGC VOM 22.1.1973 (AUSZUG)

"Die PAIGC, die treibende Kraft des großen Befreiungskampfes, den das guineische Volk seit 1960 führt, hat ständig an Einfluß und Effektivität gewonnen. Konfrontiert mit dem ehrlosen Verbrechen, das gegen ihren Führer Amilcar Cabral verübt wurde, und im Bewußtsein der Tatsache, daß der internationale Imperialismus und der portugiesische Faschismus die wahren Instrumente der Ermordung jenes Mannes waren, dem wir vor allen anderen die Verdienste des Kampfes anrechnen, der uns eine glückliche Zukunft sichern wird, drückt die PAIGC heute jenen Verrätern an unserer Nation ihre tiefste Verachtung aus, die den reaktionären Kräften als ehrlose Werkzeuge gedient haben.

Die PAIGC erklärt feierlich vor den kämpfenden Völkern Afrikas und allen internationalen Kräften der Gerechtigkeit, des Friedens und der Freiheit, daß sie fest entschlossen alle ihre Kräfte und Mittel in den Dienst der raschen Vernichtung aller Feinde Afrikas stellen wird, die noch immer den Boden Guineas (Bissao) und der Kapverdischen Inseln beschmutzen.

Dieser abstoßende Mord, der die immer aggressivere Natur des Imperialismus zeigt, kann unsere Kampfgenossen nicht entmutigen, im Gegenteil: er kann ihren Haß gegen die Kolonialherrschaft nur noch steigern und den Strom zur Befreiung der Völker Afrikas nur noch beschleunigen....
Die PAIGC erklärt, daß sie sich der Unterstützung, die das Volk von Guinea (Bissao) und der Kapverdischen Inseln in dieser Stunde des Schmerzes erhält, durch die Verstärkung ihrer militärischen Operationen würdig erweisen wird, um einen weiteren Beitrag zum erstarkenden politischen Kampf gegen alle Manöver des portugiesischen Kolonialismus auf afrikanischem Boden, namentlich in Angola und Mozambique, zu leisten.....
NIEDER MIT DEM PORTUGIESISCHEN FASCHISMUS, NIEDER MIT DEM INTERNATIONALEN IMPERIALISMUS!

ES LEBE DIE AKFRIKANISCHE EINHEIT UND SOLIDARITÄT!

ES LEBE DIE PAIGC!

DER KAMPF GEHT WEITER!"

Seit mehr als 10 Jahren führ... die Völker Angolas, Guinea-Bissaos und Mozambiques den revolutionären Volkskrieg gegen die portugiesische Kolonialherrschaft um ihre nationale Befreiung. Unter der Führung ihrer revolutionären Avantgarden MPLA (Volksbewegung zur Befreiung Angolas), PAIGC und FRELIMO haben sie weite Gebiete ihres Landes befreit und die Grundlagen für eine neue ökonomische und gesellschaftliche Ordnung in Freiheit und Unabhängigkeit geschaffen. Auf einem Viertel des Territoriums von Mozambique übt bereits das Volk unter der Führung der FRELIMO seine Macht aus, mehr als ein Drittel von Angola mit etwa einer Million Menschen ist befreit, in Guinea-Bissao sind es bereits zwei Drittel des Landes und mehr als drei Viertel der Bevölkerung. An allen militärischen Fronten intensiviert sich der Kampf, laufend eröffnen die Befreiungskräfte neue Fronten.

Die Erfolge der Befreiungsorganisationen, die ihre Kraft aus der Mobilisierung der von den Kolonialisten grausam unterdrückten und ausgebeuteten Volksmassen schöpfen, haben den portugiesischen Kolonialismus in schwere Bedrängnis gebracht. Seit Jahren schon kann er sich nur mehr mit der massiven Unterstützung durch seine NATO-Verbündeten und den südafrikanischen Imperialismus in Afrika halten. Die Ausbeutung und faschistische Beherrschung des portugiesischen Volkes ist der eine Fuß, auf dem er steht, der Kolonialkrieg in Afrika der andere. Seine eigene ökonomische und militärische Schwäche zwingt ihn, seinen imperialistischen Verbündeten immer mehr Zugeständnisse für ihre Hilfe zu machen - schon jetzt ist er das Werkzeug ihrer ökonomischen und politischen Interessen.

Deshalb ist der Kampf der Völker von Angola, Mozambique und Guinea-Bissao gegen den portugiesischen Kolonialismus um die nationale Befreiung untrennbar verbunden mit dem internationalen Kampf gegen den Imperialismus. Ihr Kampf ist zugleich eine starke Unterstützung für den Kampf des portugiesischen Volkes gegen die faschistische Diktatur der Bourgeoisie in Portugal, der mit der Eröffnung des Volkskrieges in den portugiesischen Kolonien einen großen Aufschwung genommen hat. Unmittelbare, entscheidende Bedeutung aber hat er vor allem für den Befreiungskampf der Völkes des südlichen Afrika, für den Kampf der Völker Zimbabwes (Rhodesien), Namibias (Südwest-Afrika) und Südafrikas gegen den Kolonialismus, Imperialismus und Rassismus.

DER SIEG DES VOLKES VON GUINEA UND CABO VERDE IST GEWISS!

Am weitesten fortgeschritten ist der Befreiungskampf in Guinea (B) und auf den Kapverdischen Inseln. Unter der Führung der PAIGC hat das Volk Sieg um Sieg errungen und mehr als zwei Drittel des Landes befreit. Es wird weiterkämpfen, bis es sein Ziel, die Befreiung vom portugiesischen Joch erreicht hat und seine Geschichte selbst bestimmen kann. Warum kann es das? Die Geschichte beweist, was Amilcar Cabral sagte: "EIN VOLK, DAS SICH IM VORMARSCH BEFINDET, KANN NIEMAND AUFHALTEN!" Die PAIGC hat das schon sehr früh erkannt und stützte sich im Kampf auf die bäuerlichen Massen. Seit die Bauern in den befreiten Gebieten leben, müssen sie keine Steuern mehr bezahlen, Schulen und Gesundheitsdienst stehen zu ihrer Verfügung, die Frauen sind vollwertige Mitglieder der dörflichen Gesellschaft und vor allem, die

Bauern produzieren für sich und können die Produktion für den Bedarf des Volkes erhöhen. Ein guineischer Bauer brachte diese Situation so zum Ausdruck: "Zur Zeit der Portugiesen konnte ein Mensch kein Würdegefühl haben. Männer und Frauen waren der Zwangsarbeit unterworfen, anstatt für sich selbst zu arbeiten. Die Zeit der Portugiesen, das war die Zwangsarbeit, die Steuern, die Schläge und der Zank. Seit zwei Jahren haben wir keinen Portugiesen mehr gesehen. Unser Dorf wurde 63mal zerstört. Nun schützt uns die Partei. Wir arbeiten für uns und versorgen die Kämpfer mit Reis, denn die Kämpfer und wir, das ist wie das Fleisch und die Knochen."

Cabral sagte dazu: "Das Volk kämpft nicht für Ideen, für das, was in den Köpfen irgendwelcher Leute vorgeht. Es kämpft um materielle Verbesserungen, um besser in Frieden leben zu können, um eine Lebensperspektive." Aber wenn das Volk einmal erfahren hat, daß es ihm besser gehen kann, daß es sich selbst regieren kann und nicht auf kolonialistische oder imperialistische Unterdrücker angewiesen ist, wird es lieber untergehen als den Kampf aufgeben. Deshalb wird auch ein kleines rückständiges Land welches weiß, worum es kämpft, den Sieg erringen. Nicht die Waffen entscheiden letzten Endes den Krieg, sondern die Menschen, welche diese Waffen einsetzen. Portugal kann nicht siegen, denn dazu müßte es den Siegeswillen des guineischen Volkes brechen und das wird ihm ebensowenig gelingen, wie es den amerikanischen Imperialisten je gelungen ist, den revolutionären Kampfgeist des vietnamesischen Volkes zu brechen.

SCHWERE SCHLÄGE GEGEN DAS KOLONIALREGIME

Guinea Bissao hat eine Gesamtfläche von 36.000 km² und ca. 800.000 Einwohner. Es liegt am atlantischen Ozean zwischen Senegal und der Republik Guinea. Seit dem 15.Jhdt. ist das Land eine Kolonie, um die sich außer Portugal auch Deutschland und Frankreich stritten. Das Volk von Guinea hat sich nie damit abgefunden, seine Geschichte ist eine einzige Folge von Aufständen. Anders als in Angola und Mozambique, die mit ausländischem Kapital ausgebeutet werden, gibt es in Guinea fast keine ausländischen Industrieinverstitionen. Das Interesse des Imperialismus an Guinea liegt weniger in den ökonomischen Ausbeutungsmöglichkeiten, als in der militärisch-strategischen Bedeutung Guineas und der Kapverdischen Inseln, wo sich wichtige NATO-Basen befinden. Aus diesem Grund und wegen der Beispielwirkung eines Sieges des guineischen Volkes stellt für die imperialistische Südspitze Afrikas, für Südafrika, Rhodesien und Portugal, sowie für die NATO, der siegreiche Kampf der Befreiungsbewegung in Guinea und auf den Kapverdischen Inseln eine große Bedrohung dar. Für Portugal hat die Befreiung von zwei Dritteln des Landes zudem schwere wirtschaftliche Verluste gebracht. Eine portugiesische Gesellschaft, die CUF, hatte praktisch das Monopol auf die Ausbeutung des Landes. Sie kaufte die einheimischen Agrarprodukte zu Spottpreisen auf und verkaufte sie auf dem Weltmarkt weiter und setzte teure portugiesische Produkte (Wein, Textilien, etc.) im Lande ab. Die Bauern, welche eine sehr exten-

sive Bebauung des Landes betrieben hatten und nur für ihre eigenen Bedürfnisse produzierten, wurden durch die Einhebung hoher Steuern gezwungen, für die Portugiesen zu produzieren. Wer hohe Kopfgeldsteuern nicht bezahlen konnte, mußte sie in Form von Naturalien wie Vieh, durch zusätzliche Zwangsarbeit im Straßenbau oder durch die Zwangsanpflanzung von Erdnüssen erbringen. Die erzwungene Monokultur und die rückständige Bebauung bewirkten, daß nicht mehr genug Grundnahrungsmittel für die Bevölkerung vorhanden waren und diese in einem Zustand ständiger Unterernährung dahinvegetierte. Doch seit der Befreiung fast des gesamten ländlichen Gebietes können die Portugiesen keine Steuern mehr einheben, die CUF arbeitet defizitär. Die Bauern in den befreiten Gebieten bauen nun eine Vielfalt von Produkten an, die Ernährung der Bevölkerung ist gesichert. Es werden keine Erdnüsse mehr produziert, die vorhandenen Vorräte der Protugiesen müssen liegenbleiben, da die PAIGC sowohl Land- als auch Wasserwege kontrolliert. Einzelne Forts des Kolonialheeres können nur noch per Helikopter versorgt werden. Der Kampf der Völker Guineas, Angolas und Mozambiques zwang die Portugiesen, ihre Militärausgaben auf 40% des Bruttosozialproduktes zu erhöhen, die portugiesischen Soldaten müssen seit 1964 vier Jahre Militärdienst leisten. Die Kolonie Guinea, welche einst half, das Defizit des portugiesischen Staatshaushaltes zu decken, rentiert sich heute trotz der großzügigen Hilfe der NATO-Partner Portugals nicht mehr.

DIE PAIGC – ENTSCHLOSSENE FÜHRUNG DES VOLKES

Die PAIGC wurde am 19.9.1956 von sechs Männern und Frauen (darunter Amilcar Cabral) in Bissao im Untergrund gegründet. Sie war von Anfang an auf die illegale Arbeit vorbereitet. Sie verankerte sich rasch im Proletariat Bissaos und der anderen Städte, unter den Hafen- und Docharbeitern. Der kämpferische Widerstand der städtischen Massen brachte rasch die PIDE, Portugals Gestapo, nach Guinea (B). Am 3.8. 1959 wurde ein Streik der Hafenarbeiter in Pidjugziti vom Militär brutal zerschlagen, 50 Arbeiter wurden getötet. Darauf beschloß die PAIGC, die gewaltlose Politik aufzugeben und die Grundlage für den bewaffneten Kampf, die Mobilisierung der Bauernschaft, in Angriff zu nehmen.

Warum beschloß die PAIGC, ihren Kampf auf die bäuerlichen Massen zu stützen? Cabral: "Die Bauern repräsentieren das Land als Ganzes, sie kontrollieren und schaffen seinen Reichtum." Die Bauern, geführt von einer revolutionären Partei, sind die Hauptkraft des Kampfes. Mit dem Entschluß, die Hauptarbeit in die Verbindung mit den Massen und den bewaffneten Volkskrieg zu legen, schuf die Partei die Grundlagen für den siegreichen Kampf. Das Beispiel der emisten anderen afrikanischen Länder zeigt, daß sich mit der Erlangung der formalen "Unabhängigkeit", die ohne den Kampf des Volkes, durch das Aushandeln unter Führern zustandegekommen war, für die Völker dieser Länder nichts wirklich änderte. Nach wie vor werden sie vom Imperialismus unterdrückt und ausgebeutet und verfügen nicht über die Früchte ihrer Arbeit und den Reichtum ihrer Länder.

Nur der revolutionäre Volkskrieg kann die beiden Grundübe., unter welchen das Volk leidet, beseitigen: die Unterdrückung und Ausbeutung durch die Kolonialmacht und die Rückständigkeit und Unwissen-

heit; seine Vertreibung ist Voraussetzung für die fortschrittliche Entwicklung. Der Kampf um nationale Unabhängigkeit und Fortschritt kann nur das unter der Führung seiner Avantgarde geeinte Volk verwirklichen. Im Kampf lernt das Volk sich organisieren, sich selbst verwalten, seine schöpferische Kraft entfaltet sich machtvoll. Ein solches Volk wird sich die Früchte seines Kampfes nicht wieder nehmen lassen, es wird die Revolution im Kampf vorantreiben.

DIE MOBILISIERUNG DER BAUERN

Die PAIGC unternahm große Anstrengungen zur Mobilisierung der Bauern. Zuerst mußte sie die Verhältnisse bei den Bauern genau untersuchen. Dabei erkannte sie, daß die Hauptschwierigkeiten bei der Mobilisierung der Bauern die Überwindung des Stammesdenkens und die Angst vor den Portugiesen waren. Die unterschiedliche gesellschaftliche Struktur der einzelnen Stämme war von den Portugiesen benutzt worden, um das Volk zu spalten. Dem größten Stamm, den Balante, einem demokratisch organisierten Stamm ohne hierarchische Strukturen, waren von den Kolonialisten fremde Häuptlinge aus ehemaligen Herrschergesellschaften aufgezwungen worden, welche als Agenten der Portugiesen die Steuern eintrieben. Da die Balante außerdem am härtesten von der Zwangsarbeit betroffen waren, ließen sie sich am leichtesten für den Kampf gewinnen. Die halbfeudalen Häuptlingsgesellschaften der Ful und Mandigo waren schwerer zu mobilisieren, da ihre Häuptlinge sich oft mit den Portugiesen verbanden und das Vertrauen der Bauern genossen.
Aber mit dem Voranschreiten des Kampfes, als auch diese Bauern merkten, daß man in den befreiten Gebieten besser leben konnte und daß die Portugiesen besiegbar waren, stellten sich die meisten von ihnen auf die Seite der PAIGC.

Zuerst mußten die Bauern von der Existenz der Partei Kenntnis erhalten. Dann mußten sich die Kader bemühen, ihr Vertrauen zu gewinnen, ihnen erklären, warum es die Partei gibt, was sie will, etc. Das allein genügte aber nicht. Die PAIGC mußte auch beweisen können, daß sie wirklich imstande war, etwas gegen die Portugiesen zu unternehmen und die Bauern zu schützen. 1962 begannen die ersten Sabotageakte. 1963 war bereits ein zusammenhängendes Gebiet im Süden unter der Kontrolle der PAIGC. Gleich zu Beginn schaffte sie die Steuern ab und zerstörte die Niederlassungen der CUF systematisch. Sie erhöhte die Reisproduktion für den Eigenbedarf der Bevölkerung und senkte die Erdnußproduktion. Gleichzeitig richtete sie eigene Volksläden ein und baute einen unabhängigen Tauschhandel auf. Im Juni begann der Kampf im Norden.

Im Oktober 1963 begannen die massiven Bombardierungen. Es gab Bauern, die der PAIGC die Schuld daran gaben, aber die meisten erkannten die Richtigkeit dessen, was die PAIGC über die Portugiesen gesagt hatte und wollten jetzt erst recht kämpfen. Die PAIGC setzte die politische Aufklärungsarbeit unter den Bauern fort. Sie suchte die fortschrittlichsten unter ihnen aus und bildete sie zu Kadern aus. Außerdem setzte sie die pausenlosen Störaktionen gegen den Feind fort. Viele Bauern weigerten sich zuerst, ihre Dörfer zu verlassen und bauten sie an derselben Stelle wieder auf, da sie sich vor dem Wald fürchteten. Erst nachdem der Einsatz von Napalm-Bomben durch die Portugiesen das verunmöglichte, lernten sie

diese Angst zu überwinden und sich in den Schutz der Wälder zu begeben.

DER VOLKSKRIEG ENTWICKELT SICH

Der Kampf entwickelte sich von einzelnen Sabotageakten ausgehend zu einem richtigen Volkskrieg. Immer mehr Bauern schlossen sich der Guerilla an. Die verstärkten portugiesischen Repressionen überzeugten sie von der Notwendigkeit des Kampfes und aus den Erfolgen und den kleinen Verlusten sahensie, daß auch eine kleine, schwache Gruppe siegen kann, wenn sie sich gut vorbereitet und ihre Vorteile zu nutzen weiß.
Es waren nur wenige hundert entschlossene Menschen, die im September 1959 beschlossen, dem mächtigen, mit NATO-Waffen ausgerüsteten Portugal die Stirn zu bieten. Aber die Gewißheit, daß der Sieg ihnen sicher war, wenn es ihnen gelang, die Volksmassen zu mobilisieren und sich mit ihnen zu verbinden, ließ sie nicht zögern. 1959 waren erst 10 000 portugiesische Soldaten in Guinea (B) stationiert, 1968 waren es schon über 35 000, welche mit Unterstützung der modernen Luftwaffe vergeblich versuchten, das Volk von Guinea kleinzukriegen. Diese ersten Kämpfer erwarben sich durch die Erfahrungen im Kampf die Fähigkeiten von Führern. Amilcar Cabral selbst ist ein Beispiel für eine solche im Kampf und mit dem Volk gewachsene Führerpersönlichkeit.

Die PAIGC begann ihren Kampf mit etwa 20 Gewejren. Befreundete Länder schickten erst Waffen, nachdem ihr Kampf bekannt war. Nicht Waffen sind der entscheidende Faktor: Hätte die PAIGC gewartet, bis die Waffen kamen, hätte der Kampf vielleicht heute noch nicht begonnen. Die Waffen haben ihr aber geholfen, den Kampf schneller voranzutreiben. Die Portugiesen hatten eine totale Nachrichtensperre über die Kämpfe errichtet. Auch heute behaupten sie noch oft, es gebe nur ganz wenige kleine Guerillagruppen, die nur von den Nachbarstaaten aus vereinzelte Sabotageaktionen unternehmen und denen die Bevölkerung feindlich gegenüberstehe. Gegen diese schon tausendfach widerlegten Propagandalügen der portugiesischen Kolonialisten und bei der Propagierung des Kampfes des guineischen Volkes spielten die internationalen Solidaritätsbewegungen auf der ganzen Welt eine große Rolle.

AUFBAU DER ARMEE

1964 wurde auf einem Parteikongreß der PAIGC die Umwandlung der lokalen Guerillastreitkrafte in eine reguläre Armee, die FARP, beschlossen. Die FARP ist eine reguläre Armee, ihre Soldaten tragen Uniformen, unterstehen der militärischen Disziplin und werden in einem zweimonatigen Kurs ausgebildet. Dieser Vorschlag war von der Partei schon vorher gemacht worden, die Kämpfer wollten jedoch ihre Region nicht verlassen und meinten, daß sich die anderen auch selbst befreien sollten. Als sie jedoch die empfindlichen Schläge, die die Portugiesen von den besetzten Regionen aus gegen die befreiten Gebiete unternahmen, zu spüren bekamen, erkannten sie die Notwendigkeit eines zentral gelenkten, beweglichen Krieges. Von den 2000 Freiwilligen, die sich meldeten, konnten wegen

Mangel an Waffen vorerst nur 900 genommen werden.

Mit der Errichtung von strategischen Dörfern nach amerikanischem Vietnam-Muster versuchten die Portugiesen 1967 die Initiative noch einmal zu übernehmen. Aber die heftigen Angriffe der FARP auf diese Dörfer, die verzweifelte Lage der Bauern, bewirkten bald, daß diese entweder in die Städte der Portugiesen flüchteten, oder sich in den Schutz der PAIGC begaben. Immer wieder versuchten die Portugiesen, die Unterschiede zwischen den Stämmen auszunützen, um diese gegeneinander aufzuhetzen. Den mohammedanischen Ful erzählten sie zum Beispiel, daß die PAIGC sie zwingen werde, Wein zu trinken. Aber keines dieser verzweifelten Manöver konnte verhindern, daß sich die Portugiesen immer mehr auf die Verteidigung ihrer stark befestigten Garnisonen und Städte beschränken mußten. Weder Straßen noch Wasserwege können mehr benützt werden. Überall kontrolliert die PAIGC die Transportwege. Die Portugiesen müssen einzelne isolierte Festungen auf dem Luftweg versorgen. Aber auch die Städte und Festungen sind den pausenlosen Angriffen der FARP und zum Teil auch der Volksmiliz ausgesetzt. Das Radio der PAIGC wendet sich vermehrt an die portugiesischen Soldaten und fordert sie zum Desertieren auf. Die Moral der portugiesischen Truppen ist miserabel. Die Soldaten sind den ganzen Tag in ihren Forts eingesperrt. Zu der tödlichen Langeweile kommen die zermürbenden nächtlichen Angriffe und das Bewußtsein der eigenen Ohnmacht.

DAS LEBEN IN DEN BEFREITEN GEBIETEN

Unter der Anleitung der Partei beginnt das Volk in den befreiten Gebieten, seine eigenen Organisationsformen zu entwickeln, um den Kampf nach Kräften zu unterstützen und gleichzeitig die Grundlagen für ein Leben ohne Hunger und Ausbeutung zu schaffen. Jetzt wird es möglich, die eigenen Produktivkräfte frei zu entfalten, die Schäden des Kolonialismus zu überwinden. Chico, Politkommissar: "Wir müssen den Leuten klarmachen, daß die Kontinuität des Kampfes von ihnen selbst abhängt, daß sie ihr Schicksal in die Hand nehmen, ihre Probleme innerhalb des Dorfes lösen, die Produktion anheben, ihre Kinder zur Schule schicken und häufig Versammlungen einberufen müssen, wenn wir Fortschritte machen wollen." Das von den Dorfbewohnern gewählte Dorfkomitee spielt dabei eine große Rolle. Es besteht aus zwei Frauen und drei Männern, der Politkommissar der Partei hat eine beratende Funktion.

"Das Dorfkomitee kümmert sich auch um die Miliz. Diese besteht aus jungen Leuten aus dem Dorf, sie gehören nicht zur FARP, sondern sind mit Gewehren bewaffnete Partisanen ohne Uniform. Sie sind für die Selbstverteidigung und leben im Dorf."

Das Komitee soll immer mehr selbst die Initiative ergreifen. Wenn ein Komiteemitglied seine Arbeit schlecht macht, wird es von den Bauern kritisiert und durch jemand anderen ersetzt. 1967 erhielten die Dorfkomitees weitere Entscheidungskompetenzen. Das Volk soll auch die Armee überwachen. Um zu verhindern, daß durch den langandauernden Krieg der Einsatz der Kämpfer nachläßt oder lokale Kommandanten sich mehr auf den Ausbau ihrer persönlichen Macht als um die politischen Ziele des ganzen Kampfes kümmern, muß man die bewaffneten Einheiten ständig der Kritik der Bauern aussetzen, aus denen die Mehrzahl der Kämpfer stammt. Diese wissen genau, daß jedes Erlahmen des Kampfes nur den Weg für neue



Unterdrückungsmaßnahmen gegen ihre Dörfer ebnen würde. Um die demokratische Kontrolle immer wirksamer zu machen, ist es auch wichtig, Kinder und Erwachsene gut auszubilden."Die Portugiesen wollten keine Schule, aber wir, wir wollen sie." Schon haben Tausende lesen und schreiben gelernt, wobei die Alphabetisierung eng mit dem politischen Unterricht verbunden ist. 1967 besuchten bereits 14.400 Kinder 159 Grundschulen mit je vier Klassen - Portugal hatte in 500 Jahren "zivilisatorischer Mission" nur 56 Grundschulen für 2000 Kinder errichtet. Die Lehrer in den Schulen der befreiten Gebiete sind Kämpfer, Bauern, Arbeiter, ehemalige Lehrer, Beamte und Studenten. Die Schüler erhalten auch eine militärische Ausbildung, denn jeden Augenblick muß man bereit sein, dem Feind gegenüberzustehen und den Bombenterror zu überleben. Andererseits muß produziert werden. Neben mindestens 5 täglichen Schulstunden wird deshalb, vor allem in der Regenzeit, viel auf den Feldern gearbeitet.

DIE DEMOKRATISCHE VOLKSMACHT AUFBAUEN

Mitte letzten Jahres wurden in den gesamten befreiten Gebieten die Wahlen zur ersten Nationalversammlung abgehalten. Wochenlang hatten Kader der PAIGC die Bevölkerung über die Bedeutung der Wahlen und der Nationalversammlung aufgeklärt und in den verschiedenen Sektoren Wahlkomitees gegründet. Wahlberechtigt waren alle Einwohner ab 15 Jahren. Trotz der enormen Schwierigkeiten - noch immer hohe Analphabetenrate, Ungewohntheit einer Wahl, die über den dörflichen Rahmen hinausging - nahmen an dieser Wahl 90 000 Menschen teil, von denen 97 Prozent für die von der PAIGC aufgestellten Kandidaten stimmten.

Diese erste frei und geheim gewählte Nationalversammlung Guineas und der Kapverdischen Inseln wird in den ersten Monaten dieses Jahres zusammentreten, um eine Verfassung für das befreite Guinea (B) und die Kapverdischen Inseln auszuarbeiten und die Unabhängigkeit zu erklären. Die Wahl der

Die Kämpfer der Volksstreitmächte nehmen jede Mühe auf sich, um den Imperialismus zu besiegen



Nationalversammlung ist ein großer politischer Sieg der PAIGC. Sie zeigt, daß Portugal die Kontrolle über das Land praktisch schon verloren hat und seine endgültige Niederlage in diesem Gebiet bevorsteht.

Auch auf diplomatischer Ebene hat die PAIGC große Erfolge errungen. Vereint mit ihren Bruderorganisationen, der FRELIMO und der MPLA ist es ihr gelungen, Portugal diplomatisch immer mehr in die Isolation zu treiben. Sogar die USA und einzelne NATO-Staaten, die Portugal bei seinem Kolonialkrieg in Afrika mit Waffen unterstützen und deren ökonomische und politische Interessen Portugal in Afrika verteidigt, sahen sich unter dem Druck der internationalen anti-kolonialistischen und anti-imperialistischen Bewegung immer wieder gezwungen, sich in der UNO von ihrem Bündnispartner zu distanzieren und Resolutionen gegen die Kolonialkriege Portugals zu unterstützen. Wenn die Unabhängigkeit erklärt wird, ist nach den Worten Cabrals die Anerkennung des neuen Staates durch 70 Länder zu erwarten. Schon jetzt werden die Sprecher der drei Befreiungsorganisationen bei der UNO als die einzig legitimen Vertreter der Völker in den drei Kolonien anerkannt. Amilcar Cabral sagte: "Wie von der UNO und einer großen Zahl von Beobachtern bestätigt wurde, ist Guinea-Bissao ein unabhängiger Staat, der zu einem Teil von einer feindlichen Armee besetzt ist. Es wird Aufgabe der Nationalversammlung (die ihre erste Sitzung 1973 halten wird) sein, diesen Widerspruch zu lösen und so ihre historische Mission zu erfüllen - den Status der Nation zu proklamieren, eine Verfassung auszuarbeiten und die notwendigen Exekutivorgane zu schaffen." Die österreichische Regierung, die gute Beziehungen zum faschistischen Kolonialistenregime in Lissabon unterhält, wird allerdings nur durch den Druck aller fortschrittlichen Kräfte Österreichs dazu gezwungen werden können, die einzig legitime Vertretung des guineischen Volkes anzuerkennen.

Amilcar Cabral über die Unterstützung durch die fortschrittlichen Kräfte Europas: "....möchte ich eine letzte Bemerkung überdie Solidarität zwischen der internationalen Arbeiterbewegung und unserem nationalen Befreiungskampf machen.
Es gibt zwei Alternativen: entweder man gibt zu, daß es einen Kampf gegen den Imperialismus gibt, der jeden etwas angeht, oder wir leugnen das. Wenn es einen Imperialismus gibt (und dies ist offensichtlich so) und er versucht, sowohl die Arbeiterklassen in allen modernen Ländern zu beherrschen als auch die nationalen Befreiungsbewegungen in allen unentwickelten Ländern zu unterdrücken, gibt es nur einen Feind, gegen den wir kämpfen.
Wenn wir den Kampf gemeinsam führen, ist der wesentliche Aspekt unserer Solidarität eindeutig: man muß kämpfen - ich glaube nicht, daß man darüber viele Worte verlieren muß. Wir kämpfen in Guinea mit dem Gewehr in der Hand. Sie müssen in Ihren Ländern auch kämpfen - ich sage nicht mit dem Gewehr in der Hand, ich werde Ihnen nicht sagen, wie Sie zu kämpfen haben, das ist Ihre eigene Angelegenheit. Aber Sie müssen die geeignetsten Mittel und die beste Form des Kampfes gegen unseren gemeinsamen Feind finden: das ist die beste Art der Solidarität.
Es gibt noch andere, zweitrangige Formen der Solidarität: Veröffentlichungen, Versand von Medikamenten, usw. Ich versichere Ih-

nen, daß, wenn wir morgen den Durchbruch schaffen und Sie im bewaffneten Kampf gegen den Imperialismus in Europa stehen, wir Ihnen ebenfalls Medikamente schicken werden."

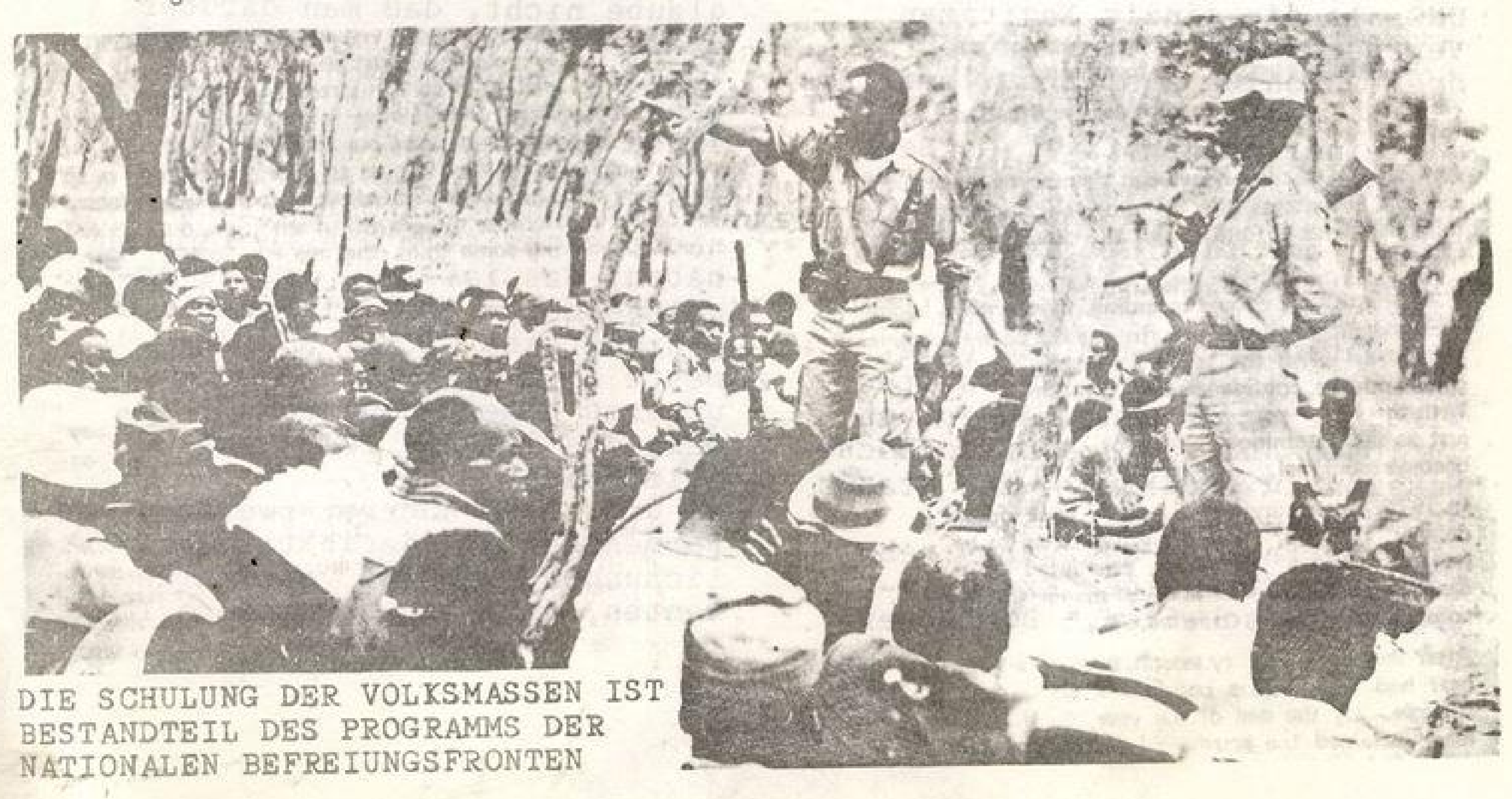
UNTERSTÜTZUNGSWOCHE FÜR DIE BEFREIUNGSBEWEGUNGEN IN DEN PORTUGIESISCHEN KOLONIEN: 26. - 30. MÄRZ 1973

Die MLS wird in der Woche vom 26. bis 30. März eine Unterstützungswoche für den Befreiungskampf der Völker in Angola, Guinea (B) und Mozambique durchführen. Wir fordern alle fortschrittlichen Studenten auf, die in dieser Woche in der Aula der Wiener Universität stattfindende Fotoausstellung zu besuchen und sich an der Spendenaktion zu beteiligen. Ein Teach-in mit Referaten über den aktuellen Stand des Befreiungskampfes und Filmen aus den befreiten und umkämpften Gebieten wird vorbereitet.

Beim Stand in der Aula wird in dieser Woche auch eine Medikamentenliste aufliegen. Wir bitten alle Kollegen, die Ärzte in ihrem Bekanntenkreis haben, diese zu bitten, entsprechende Medikamente (Proben, etc.) für die Befreiungsorganisationen zu spenden.

GRÜNDUNG DES KOMITEES SÜDLICHES AFRIKA

Ein vorbereiteter Ausschuß, dem fortschrittliche Studenten und Berufstätige, sowie Mitglieder der MLS und des KB Wien angehören, ruft zur Gründung eines "Komitees Südliches Afrika" auf. Dieses Komitee, das am Ende der Unterstützungswoche für den Befreiungskampf in den portugiesischen Kolonien gegründet werden soll, wird die Aufgabe haben, den Kampf der Völker des südlichen Afrika gegen Kolonialismus, Imperialismus und Rassismus durch Aktivitäten und Aktionen aller Art zu unterstützen. Der Termin der Gründungsversammlung, auf der ein Entwurf der politischen Plattform des Komitees diskutiert und verabschiedet werden soll, wird in der Unterstützungswoche bekanntgegeben.



DIE SCHULUNG DER VOLKSMASSEN IST BESTANDTEIL DES PROGRAMMS DER NATIONALEN BEFREIUNGSFRONTEN

AKTIONSEINHEIT IN DER VIETNAM-DEMONSTRATION AM 19.1.1973

Im Dezember hatte die Nixon- Administration den Krieg gegen das vietnamesische Volk in einem noch nie dagewesenem Ausmaß eskaliert. Aus diesem Grund beschlossen der Kommunistische Bund Wien und die MLS im Einklang mit den zur selben Zeit stattfindendenden Demonstrationen in aller Welt, eine Kampagne gegen den US- Imperialismus durchzuführen, deren Höhepunkt eine Demonstration am 19. 1. sein sollte. KB und MLS schickten an zahlreiche Oranisationen Briefe, in denen diese aufgefordert werden, sich an einer Aktionseinheit zur Vorbereitung und Druchführung dieser Demonstration zu beteiligen. Die Aktionseinheit kam zustande und war die breiteste, die es in Wien für eine Demonstration je gab. Es nahmen 25 Organisationen verschidener politischer Richtungen teil.
In der Breite der Aktionseinheit drückte sich die Welle der Empörung aus, die die ganze Welt angesichts der ungeheuren Eskalation der amerikanischen Kriegsverbrechen erfaßt hatte. Auch in Österreich stellten sich erst mals große Teile des Volkes gegen die US-Aggression, neue Kräfte wurden in den antiimperialistischen Kampf einbezogen. Über 8.000 Menschen brachten in einer Demonstration unter kämpferischen Parolen ihre Solidarität mit dem vietnamesischen Volk zum Ausdruck, viele Passanten schlossen sich spontan der Demonstration an.
Die Breite der Demonstration ging nicht auf Kosten ihres antiimperialistischen Charakters. Das zu erreichen war unser Hauptziel in den Auseinandersetzungen in der Aktioneinheit. In harten Konfrontationen mit den bürgerlichen Kräften ,vor allem mit den Sozialdemokraten und mit den Revisionisten von KJÖ und KSV, aber auch in der Auseinandersetzung mit den falschen Auffassungen der Trotzkisten gelang es, solche Parolen als Grundlage der Aktionseinheit durchzusetzen, die die Ziele des Befreiungskrieges des vietnamesischen Volkes richtig zum Ausdruck bringen. Denn nur eine solche Solidarität dient den Interessen des vietnamesischen Volkes, die seine revolutionären Ziele korrekt propagiert und die unter diesen Parolen möglichst große Teile der antiimperialistischen Bewegung sammelt.
Deshalb mußten sowohl die Versuche der bürgerlichen Kräfte abgewehrt werden, den revolutionären Inhalt des Befreiungskrieges des vietnamesischen Volkes zu verfälschen und eine Linie in die Solidaritätskampagne zu tragen, die die Versöhnung mit und damit die Kapitulation vor dem US-Imperialismus propagiert. Die Versuche, allgemeine Friedensparolen, in denen die Bedingungen für einen wirklichen Frieden verschwiegen werden sollten, in den Vordergrund zu stellen, mußten zurückgewiesen werden. Der Frieden in Vietnam besteht nur im vollständigen politischen, militärischen und diplomatischen Sieg des Volkes, im Sieg der Revolution in ihrer ersten Etappe. Das wurde vor allem durch die Losung "Sieg im Volkskrieg"! zum Ausdruck gebracht.
Abgewehrt werden mußten aber auch die Versuche der Trotzkisten, durch spalterische Parolen (v.a.: "Für ein sozialistisches Indochina!") die wirklichen Etappenziele des vietnamesischen Volkes zu verfälschen. Heute verläuft in Vietnam die Hauptfront zwischen dem Volk und dem Imperialismus einschließlich seinen einheimischen Verbündeten. Ziel ist die Erringung der Unabhängigkeit und Freiheit, der Sieg über den Imperialismus und die einheimische Reaktion und die Errichtung der demokratischen Volksmacht im ganzen Land. Ziel ist aber noch nicht unmittelbar der

Sozialismus. "Für unser Volk beginnt eine neue Periode", schreiben das ZK der FNL und die PRR nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens durch die USA, "und es entsteht eine neue Situation, die für die Vollendung der nationaldemokratischen Sache sehr günstig ist." Unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Vorhut, der Kommunisten, wird das vietnamesische Volk nicht auf halbem Weg stehenbleiben, sondern die Revolution vorwärtstreiben. Aber nicht der ist ein Revolutionär, der die objektiven Bedingungen ignoriert, und Etappen zu überspringen sucht, sondern derjenige, der die Revolution durch alle ihre Etappen hindurch konsequent vorantreibt-bis zum Sieg des Sozialismus.

Unsere Hauptaufgabe in der Aktionseinheit bestand also darin, eine von allen Organisationen akzeptierte politische Plattform durchzusetzen, die die Ziele des Volkes und der Revolution in Vietnam richtig zum Ausdruck bringen sollte. Das konnte nur deshalb gelingen, weil in großen Teilen der antiimperialistischen Kräfte unter dem Eindruck der letzten barbarischen Handlungen des US-Imperialismus und auf Grund der politischen Arbeit der Kommunisten sich die Linie der richtigen Unterstützung bereits durchgesetzt hatte. Das Bild der Demonstration bestätigte das völlig. Tausende marschierten unter Losungen wie "Sieg im Volkskrieg!", marschierten für den Sieg der vietnamesischen Revolution.

Wir verzichteten darauf, Parolen gegen die schändliche Rolle der sowjetischen Sozialimperialisten in Indochina mitzutragen oder zur Bedingung der Aktionseinheit zu machen. Der Hauptfeind in Vietnam sind die USA, gegen sie muß sich der Hauptstoß der Aktionseinheit richten. Was für die Kampfbedingungen des vietnamesischen Volkes selber gilt, gilt auch für uns. Es wäre daher nicht richtig gewesen, die verschiedenen teilnehmenden Organisationen auf einer Plattform einigen zu wollen, die auch den Kampf gegen die sozialimperialistische Politik der sowjetischen Führer in Indochina beinhaltet hätte- Das hätte bedeutet, einige Organisationen von der gemeinsamen Demonstration auszuschließen, obwohl sie bereit waren, gegen den US-Imperialismus unter korrekten Losungen zu demonstrieren.

Darüberhinaus ist es auch so, daß die schändliche Rolle der SU von breiten Teilen der anti-imperialistischen Kräfte noch nicht klar genug erkannt wird, noch nicht gesehen wird, daß die SU sozialimperialistische Politik betreibt. In diesem Punkt konnte unser Standpunkt in der Aktionseinheit daher nur darin bestehen, das Verbreiten von Illusionen über die SU als "Freund des vietnamesischen Volkes" und die Hetze der Trotzkisten gegen die sozialistischen Länder, v.a. die VR China zu unterbinden.

Da es uns gelungen war, eine richtige politische Plattform mit richtigen politischen Losungen einheitlich für die ganze Demonstration durchzusetzen, konnten wir auf die Blockbildung verzichten. Stattdessen orientierten wir uns darauf, die in den angenommenen Losungen intendierte konsequente Solidarität in möglichst großen Teilen der Demonstration auch wirklich durchzusetzen. So wurde die Demonstation zu einem großen Erfolg.

DIE STELLUNG DER SOZIALDEMOKRATEN

Jeder Erfolg der kämpferischen, konsequenten Solidarität mit dem Kampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus ist zugleich ein Schlag gegen die sozialdemokratischen und revisionistischen Führer. Die Führung der Sozialdemokratie stand seit jeher auf der Seite des US-Imperialismus. Allein aufgrund des Umschwungs der öffentlichen Meinung, v.a. seit den Dezember-Bombardements, mußte sie ihren Jugendorganisationen einen gewissen Spielraum lassen. Deren Haltung in der Aktionseinheit war zwiespältig. Während der Großteil ihrer Anhängerschaft es mit der Solidarität ehrlich meint

und daher der Aufklärung der Kommunisten durchaus zugänglich ist, wollen die Führer die Bewegung spalten, abbremsen und in ein bürgerliches Fahrwasser lenken. Sie sind zwar bereit, die verbrecherische Kriegsführung der USA zu verurteilen, wollen aber nicht den Kampf gegen den Imperialismus führen und sehen nicht die Notwendigkeit des Sieges im Volkskrieg als Voraussetzung für die Befreiung von Imperialismus und einheimischer Reaktion. Sie wollen davon ablenken, daß der Kampf des vietnamesischen Volkes Teil des weltweiten Kampfes der Proletarier und der unterdrückten Völker gegen Imperialismus und Kapitalismus ist-ein Kampf, den auch die Arbeiterklasse in Österreich in immer stärkerem Maße führt.

In der Vorbereitung der Kampagne haben die sozialdemokratischen Führer eine sehr negative Rolle gespielt. Immer wieder versuchten sie mit dem Vorwand, das österreichische Volk verstünde dies oder jenes nicht, die Angriffe gegen den amerikanischen Imperialismus abzuschwächen und die klare Antwort auf die Frage nach dem einzig legitimen Vertreter des Volkes im Süden zu vertuschen. Z.B. strich Nenning eigenmächtig aus dem Persönlichkeitenaufruf, der von allen gemeinsam beschlossen worden war, die Forderungen an die Kreisky-Regierung:"Aufnahme diplomatischer Beziehungen Österreichs mit der PRR der RSV!" und "Bewilligung der Errichtung eines Informationsbüros der PRR!" Trotz eines scharfen Protestes seitens KB, MLS und RSB (dem sich die KJÖ und KSV nicht anschlossen) weigerte er sich, diese Forderungen in die von ihm (bzw. vom "Neuen Forum") ausgeschickten Aufrufe wieder aufzunehmen. Ein weiteres Manöver der Sozialdemokraten zielte darauf ab, das für diese Demonstration auf unsere Einladung hin gegründete "Indochina-Solidaritätskomitee" (ISK) in der Öffentlichkeit als Komitee von "Unabhängigen Persönlichkeiten" auszugeben und bei der Pressekonferenz zur Ankündigung der Demonstration nur bestimmte Personen vorzustellen und zu verschweigen, welcher Organisation sie angehörten. Wieder unterstützten die Revisionisten sie dabei. Aber trotzdem gelang ihnen das Manöver nur zum Teil. In den schriftlichen Unterlagen steht zwar:"Das ISK besteht aus folgenden Personen...", aber mündlich wurde ergänzt:"...als Vertreter der Organisationen...". Die Sozialdemokraten wollten die Kritik an den USA in ein rein bürgerlich-moralisches Fahrwasser bringen, um dann auf einer solchen "gereinigten" Grundlage das Personenkomitee überhaupt als sozialdemokratische Initiative erscheinen zu lassen. Andererseits dienten alle diese Manöver dazu, möglichen Schwierigkeiten zuvorzukommen, die v.a. der SJ von der Parteispitze wegen der Eisenstädter-Erklärung hätten drohen können. Diese verbietet nämlich sozialdemokratischen Organisationen mit Kommunisten zusammenzuarbeiten; durch ein Personenkomitee hätte das umgangen werden können. Aber ihr Auftreten war so plump und offensichtlich, daß sogar ein Vertreter des "Sozialdemokratischen Indochinakomitees" (Kolpacher) seine Funktion als dessen Deligierter im ISK während der Kampagne zurücklegte.

DIE ROLLE DER REVISIONISTEN

Die modernen Revisionisten der KPÖ, die vorgeben, die entschiedensten Vorkämpfer für den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes zu sein, unterscheiden sich in Wirklichkeit von den Sozialdemokraten nur graduell und vor allem durch Phrasen. Ihre revisionistische Linie drückt sich in einer vollständigen Unterstützung der Politik der sozialimperialistischen Führung der SU gegenüber den indochinesischen Völkern aus. Die Unterstützung mancher nationaler Befreiungsbewegungen durch die SU ist an ihren großmachtpolitischen Interesssen

orientiert. Einerseits ist sie interessiert an der Zurückdrängung des US-Imperialismus und der Vergrößerung ihres eigenen Einflusses in diesem Raum, andererseits ist ein Grundzug ihrer Außenpolitik die generelle Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus. Deshalb haben sie kein Interesse am vollen Sieg der Völker, sondern wollen auf ihren Rücken Kompromisse mit dem Imperialismus aushandeln und die Revolution abwürgen. Das erklärt auch die inkonsequente Haltung der KPÖ-Revisionisten im antiimperialistischen Kampf. Die KPÖ kann ihre Ziele nur durchsetzen, wenn sie die Kommunisten und mit ihnen die konsequente und kompromißlose Linie in der Solidarität bekämpfen. Sie sind in Wahrheit Saboteure der Solidarität, was si durch Verleumdungen und Hetze gegen die Kommunisten zu verschleiern trachten.
Keine einzige der revisionistischen Organisationen ist zur ersten Sitzung des Vorbereitungskomitees erschienen. Bei der zweiten kamen immerhin schon Beobachter, und als diese die Breite der Aktionseinheit merkten, gaben KSV und KJÖ bei der dritten Sitzung ihren Eintritt in die Aktionseinheit bekannt.
Sie traten aus zwei Gründen bei: Sie hatten die Breite der Aktionseinheit gemerkt und es mit der Angst zu tun bekommen. Die Mitglieder der KJÖ wurden unruhig wegen des spalterischen Vorgehens ihrer Führer, die eine eigene Demonstration für den 18.1. planten. Vor allem aber nahmen wider Erwarten sozialdemokratische Organisationen teil. Und wo die Sozialdemokraten sind, lassen die Revisionisten meist nicht lange auf sich warten. Sie hoffen auf "innere Differenzierungen" in der SPÖ, denn sie brauchen für ihren "friedlichen", parlamentarischen "Weg zum Sozialismus" eine gewandelte SPÖ als Partner. Die Revisionisten hofierten auch während der ganzen Kampagne den Sozialdemokraten, unterstützten sie bei ihren Manövern, biederten sich überall an, waren zu jeder Absprache mit ihrem Zwillingsbruder bereit, wenn sie nur gegen die Kommunisten gerichtet war. Daß die Sozialdemokraten vielfach Abmachungen der Aktionseinheit brachen und sich als Organisation in den Vordergrund spielten, um die ganze Demonstration als SP-Demonstration hinzustellen, tolerierten sie wohlwollend. Aber das revolutionäre Auftreten der Kommunisten verleumdeten sie als Ganzes als "Spaltung" und "Bruch der Aktionseinheit".
Trotz aller dieser Manöver wurde die Demonstration zu einem großen Erfolg der konsequenten kämpferischen Solidarität, der revolutionären Linie in der Solidarität und insofern der Kommunisten.
Der politische Erfolg wäre vielleicht noch größer geworden, wenn wir nicht bei unserem Auftreten in der Aktionseinheit einige Fehler gemacht hätten. Wir haben die Manöver einzelner Organisationen der Aktionseinheit während der Kampagne nicht den Massen bekannt gemacht. Wir hätten die Auseinandersetzungen mit den bürgerlichen Kräften offen vor den Massen austragen sollen. Wir hätten die Inkonsequenz, das Bremsen und die Spalterpolitik der Revisionisten vor der Öffentlichkeit entlarven müssen.
Aber auch so war die Demonstration ein wichtige Beitrag zur Unterstützung des vietnamesischen Volkes und ein wichtiger Faktor für das Voranschreiten des Kampfes gegen Imperialismus und Kapitalismus im eigenen Land.

"JUGEND FÜR VIETNAM" - EIN SCHEINHEILIGES MANÖVER DER PROIMPERIALISTISCHEN SP-SPITZE

Nach der Unterzeichnung des Vietnamabkommens war es für Kreisky und die SP-Spitze höchste Zeit, sich entgegen ihrem wirklichen Verhalten während der langen Jahre des Krieges als Freunde des vietnamesischen Volkes vorzustellen. Kreisky initiierte mit viel Tamtam sein "humanitäres Hilfsprogramm" für Vietnam. Auf einer dazu einberufenen Enquete forderte er alle Jugendorganisationen auf, Geldsammlungen durchzuführen. Wer mehr als S 20.000,- aufbringe, könne sich in das zu gründende nationale Komitee einkaufen, das so gesammelte Geld würde von der Bundesregierung verdreifacht. Das Komitee entscheide über die Verwendung der Mittel, wobei Projekte in Nord- und Südvietnam, in den befreiten und den noch von der Thieu-Clique kontrollierten Gebieten gleichberechtigt behandelt würden.
Ein besondererSchachzug Kreiskys war es, den einzelnen Organisationen zuzugestehen, ihre Projekte selbst aussuchen zu dürfen. Damit wollte Kreisky die von zahlreichen Organisationen vorgebrachte Kritik, daß mit seinem "humanitären Hilfsprogramm" versucht werde, der Thieu-Clique zu helfen, entschärfen.
Gemeinsam mit anderen linken Organisationen legte die MLS und der RSB bei der Enquete eine Erklärung vor, in der die seit jeher freundliche Haltung Kreiskys gegenüber dem US-Imperialismus aufgezeigt und verurteilt wurde. In der Erklärung wurde eine wirkungsvolle Soforthilfe für die demokratische Republik Vietnam und die befreiten Gebiete Südvietnams verlangt. Jede Unterstützung des korrupten Thieu-Regimes, erfolge sie auch unter dem Deckmantel "humanitärer Hilfe", wurde nachdrücklichst abgelehnt: Keinen Schilling für die Thieu Marionetten Clique! Weitere Forderungen bezogen sich auf die Anerkennung der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Vietnam und der Befreiungsbewegungen von Laos und Kambodscha.
Nachdem Kreisky, wie nicht anders zu erwarten war, ein solches Programm zur Unterstützung des Kampfes der Indochinesischen Völker gegen Imperialismus und einheimische Reaktion nicht im geringsten bereit war, erklärten und begründeten die MLS und der RSB in der ersten Sitzung des nationalen Komitees ihren Austritt.
Dies geschah nicht ohne vorherige Diskussion mit den Mitunterzeichnern der ersten Erklärung, trotzdem blieben wir aber bei diesem Schritt alleine.
In all den Jahren der schmutzigen US-Aggression gegen das vietnamesische Volk stand Kreisky und die SP-Spitze auf der Seite der US-Kriegsverbrecher und ihrer Marionetten. Wie bei zahlreichen anderen Konflikten zwischen Imperialismus und unterdrückten Völkern beschönigte Kreisky auch hier die Verbrechen des Imperialismus, sprach von der "Verteidigung der Freien Welt" und geiferte gegen alle jene, die sich entschieden für die Kämpfe der Indochinesischen Völker einsetzten. Während er den Kriegsverbrecher Nr. 1, R.M. Nixon in Salzburg herzlich willkommen hieß, veranlaßte er die Niederprügelung der demonstrierenden Antiimperialisten durch die Polizei.
Auf internationaler Ebene arbeitete er gegen die Isolierung der USA. Auf der letzten Tagung der "Sozialistischen Internationale" in Paris verhinderte er eine scharfe Verurteilung der US-Aggressionspolitik, wofür sich Nixon offiziell durch seinen Botschafter in Österreich, J.P. Humes, bedanken ließ. Kreisky gehört zu den Ratten, die auch das sinkende Schiff nicht verließen! Durch Dollarkäufe zur Stützung

der auf grund andauernder Zahlungsbilanzdefizite bedrohten Position des Dollars unterstützte die Bundesregierung mittelbar die US-Aggression (1970 entfielen allein 3,4 Mrd. Dollar des Zahlungsbilanzdefizits von 10,7 Mrd. Dollar auf den Vietnamkrieg). Während sie so im Zuge der Dollarabwertungen schwere Wertverluste bei den zu einem guten Teil in Dollars gehaltenen Währungsreserven in Kauf nahm, folgte sie auch am Höhepunkt der US-Aggression, während der Weihnachtsbombardements, nicht dem Beispiel anderer kapitalistischer Regierungen, (z.B.: Schweden, Finnland, Schweiz, Dänemark, Norwegen) und verweigerte jede materielle Unterstützung für die Opfer des US-Bombardements.

Am proimperialistischen Charakter der SP-Spitze hat sich auch nach dem großen Erfolg des vietnamesischen Volkes kein Deut geändert. Geändert hat sich die Situation in Vietnam. Nachdem die US-Imperialisten für jede weitere Eskalation ihrer Aggression mit einer um so vernichtenderen Niederlage bezahlen mußten, nachdem sie politisch in immer stärkere Isolation geraten waren, mußten sie der Friedensvereinbarung und ihrem Rückzug zustimmen. Vorerst ist der Versuch des Imperialismus, das vietnamesische Volk durch direkte militärische Intervention zu unterwerfen, fehlgeschlagen. In dieser Situation setzen eine Reihe von imperialistischen Regierungen auf eine neue Karte: durch "Hilfe beim Wiederaufbau" sollen neue neokolonialistische Abhängigkeiten, soll der Weg für neue Absatzmärkte und Investitionsmöglichkeiten geschaffen werden. Was mit militärischer Gewalt nicht gelungen ist, soll jetzt auf dem Schleichweg der ökonomischen und finanziellen Abhängigkeit und Korrumpierung, auf dem Weg des Neokolonialismus versucht werden. Die Imperialisten haben noch immer nicht ihre Pläne aufgegeben, Südvietnam zu unterwerfen und auszubeuten. Durch massive Investitionen wollen sie in den noch nicht befreiten Gebieten nicht nur noch weitere Profite herauspressen, sondern auch ihre Positionen absichern, indem sie die reaktionaren Klassen stärken und schwankende Schichten auf die Seite des Imperialismus ziehen - die Voraussetzung für den Generalangriff auf Befreite Gebiete.

Angesichts der militärischen Niederlage und des Rückzugs der USA, und begünstigt durch ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sehen jetzt auch die anderen imperialistischen Staaten, allen voran die BRD und Japan, ihre Chance auf einen Teil der Beute gekommen.

Die Imperialisten werden auch in Zukunft alles unternehmen, um die Saigoner Administration am Ruder zu halten und sie bei der Hintertreibung der Vietnam-Vereinbarungen zu unterstützen, um den Sieg des Volkes in ganz Südvietnam zu verhindern und schließlich auch die befreiten Gebiete schließlich wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Das heldenhafte Volk Südvietnams, unterstützt vom sozialistischen Norden, wird jetzt erst recht alle diese Pläne zunichte machen müssen, um sich nicht um die Früchte seines Kampfes bringen zu lassen.

Auch die proimperialistischen Kreise in Österreich haben sich der geänderten Taktik der großen imperialistischen Mächte angepaßt. In dieser veränderten Lage soll die Aktion "Jugend für Vietnam" mithelfen, die eigentlichen Ziele des Imperialismus in Vietnam zu verschleiern und seine neokolonialistischen Bestrebungen zu unterstützen. Die Propagierung "humanitärer Hilfe" sowohl für die vom Volk kontrollierten, wie für die von der Thieu-Clique terrorisierten Gebiete bedeutet die direkte materielle Unterstützung des Thieu-Regimes. Sie ignoriert und begünstigt die ständigen Versuche der Thieu-Marionetten-Clique das geschlossene Abkommen zu verzögern, zu verletzen, und seine vollständige Durchführung überhaupt zu verhindern. Sie dient dazu, über den neokolonialistischen Charakter der "Hilfe beim Wiederaufbau", wie sie im großen und ganzen von den imperialistischen

Staaten praktiziert wird, hinwegzutäuschen. Kreiskys Initiative ist Ausdruck der Bestrebungen, jene wachsenden Kräfte, die in der Vergangenheit bereit waren, den antiimperialistischen Kampf der Indochinesischen Völker konsequent zu unterstützen, zu verwirren und sie für die geänderte imperialistische Taktik einzuspannen.
Das jüngste Manöver der SP-Spitze ist als ein Versuch anzusehen, der in den vergangenen Jahren quantitativ und qualitativ stark gewachsenen antiimperialistischen Bewegung in Österreich die Spitze abzubrechen und möglichst große Teile davon vom Weg des konsequenten antiimperialistischen Kampfes abzubringen und zu kanalisieren. Die SP-Spitze hat sich durch ihre proimperialistische Haltung vorallem unter Teilen der Jugend völlig entlarvt. Die erstarkende antiimperialistische Bewegung richtete sich unter der Führung der Kommunisten zunehmend gegen die SP-Regierung.
Die SP-Jugendorganisationen konnten zum Eintritt in die Aktionseinheit für die letzte Demonstration nur deshalb bewegt werden, weil ihnen die Gefahr drohte, vor den Massen völlig diskreditier zu werden. In der Aktionseinheit war ihr Verhalten immer von der Bestrebung geprägt, durch Umgehung der Abmachungen und durch Spaltungsversuche, der Demonstration ihren konsequent antiimperialistischen Charakter zu nehmen und sie nach außen hin als sozialdemokratische Initiative hinzustellen.
Wen wundert es, daß diese Organisationen jetzt die Kreisky-Initiative in den Himmel heben, daß z.B. die SJ. ihre weitere Teilnahme an dem Indochina-Solidaritätskomitee mit der begründung ablehnte, daß es nunmehr die Kreisky-Initiative gebe, die der Arbeit im Indochina-Solidaritätskomitee vorzuziehen sei. Die Aktion "Jugend für Vietnam" kommt der schwankenden und prinzipienlosen Haltung, dem halbherzigen Antiimperialismus dieser Organisationen sehr entgegen. Sie dient ihnen als Alibi für den Verzicht auf die konsequente und wirkunksvolle Solidarität mit dem vietnamesischen Volk und erspart ihnen zudem die Auseinandersetzung mit dem proimperialistischen Charakter der SP-Spitze.
Durch "Initiativen", wie die vorliegende, versucht die SP-Spitze, ihre proimperialistische Haltung etwas zu kaschieren, um verlorenen Einfluß wettzumachen, um Teile der antiimperialistischen Bewegung in ihr Lager zurückzuzerren, und um zu verhindern, daß immer breitere Teile der Jugend und des übrigen Volkes den konsequenten Kampf gegen den Imperialismus und seine politischen Interessensvertreter aufnehmen.
Aus diesen Gründen lehnen wir eine Teilnahme an der Kreisky-Aktion ab, um den wahren Charakter und die politische Funktion von "Jugend für Vietnam" aufzuklären und die Absichten der Reaktion durchkreuzen zu können.
Auf der letzten Sitzung des ISK, auf der hauptsächlich die Kreisky-Initiative behandelt wurde, legten MLS und RSB ihre Gründe für den Austritt dar und forderten alle im Indochina-Solidaritätskomitee bis dahin noch vertretenen Organisationen auf, sich diesem Schritt anzuschließen.
Die revisionistischen und trotzkistischen Organisationen (KJÖ, KSV, FÖJ, GRM, ...) beharrten auf einer Teilnahme an dem Kreisky-Manöver, und dies obwohl, wie schon oben erwähnt wurde, unsere ursprüngliche gemeinsame Forderung - kein Schilling für das korrupte Thieu-Regime! - nicht erfüllt worden war.
Die einzige "Kritik", die beispielsweise der KJÖ-Funktionär Podolsky an der Aktion schließlich noch vorbracht, war, daß der ursprünglich vorgesehene Einkaufspreis von S 50.000,- zu hoch wäre.
Der GRM gefiel offensichtlich der Gedanke, in Zukunft in einer von so "hoher Stelle" einberufenen Nationalkomitee sitzen und am Ende eventuell noch ein kurzes Rundfunkinterview geben zu dürfen so sehr, daß sie Kreiskys Plänen völlig aufsaß.

Die revisionistischen und trotzkistischen Organisationen haben es verhindert, durch einen gemeinsamen Boykott und gemeinsame Verurteilung der Machenschaften der SP-Spitze diesen wirkungsvoller zu begegnen.
Ein gemeinsamer Austritt mehrer Organisationen hätte den Plänen der SP-Spitze von allem Anfang an einen wuchtigen Schlag versetzt. Es wäre möglich gewesen, die Aktion "Jugend für Vietnam" vor einer breiteren Öffentlichkeit zu entlarven und andere schwankende Organisationen mitzutziehen. So aber sitzen jetzt die Revisionisten als "linkes" Feigenblatt mit dem RFS (!!) in einem Komitee, das angeblich der Hilfe für das vietnamesische Volk dient, dessen Funktion es aber ist, die neokolonialistischen Bestrebungen der imperialistischen Regierungen zu verschleiern und zu unterstützen sowie die antiimperialistische Bewegung in Österreich zu "entschärfen" und in die Irre zu führen, um Teile davon wieder in die SP zurückzuführen.
Für alle Antiimperialisten gilt es demgegenüber in der jetzigen Situation jede Stärkung des Thieu-Regimes zu verhindern, sein volksfeindliches Wesen aufzuzeigen und keine Unklarheit darüber zuzulassen, daß das vietnamesische Volk erst dann in Frieden und Freiheit wird leben können, wenn Kollaboranten und Verräter wie Thieu das Handwerk gelegt und sie gezwungen werden, die Macht dem Volk zu übergeben.

VÖLLIGE SELBSTENTLARVUNG DES KPÖ-REVISIONISMUS

In allen wesentlichen Fragen erwies sich die KPÖ bisher als treuer Vasall der sozialimperialistischen Politik der sowjetischen Führung. Ob bei der Nah-Ost Politik, der Europäischen Sicherheitskonferenz - überall macht die KPÖ sich den Standpunkt der sowjetischen Revisionisten zu eigen. Selten so klar mit allen seinen Konsequenzen kam das aber ans Tageslicht, als die Volksstimme sich bemüßigt fühlte, eine Stellungnahme zur Entwicklung in Kambodscha abzugeben. Sie mußte das tun, um die offen konterrevolutionäre Politik der sowjetischen Führer in Kambodscha "rechtfertigen" und "legitimieren" zu können.
Bekanntlich anerkennt die SU immer noch die landesverräterische Lon-Nol-Sirik-Matak-Clique und unterhält beste Beziehungen zu ihr. Wie die sowjetische Regierung bezeichnet die Volksstimme daher die einzig legitime Regierung Kambodschas unter Sihanouk als Exilregierung und bezeichnet Sihanouk konsequent als "Exilprinzen".

Volksstimme vom Sonntag, 28.1.73:

SIHANOUK GEGEN WAFFENRUHE

DER EXILPRINZ WILL AUCH VERHANDLUNGEN MIT KISSINGER

PEKING. Der in Peking im Exil residierende Prinz Sihanouk von Kambodscha sprach sich gegen einen Waffanstillstand in seinem Land aus. Er meinte, daß "seine Guerilla-Truppen bis zum Endsieg weiterkämpfen würden". Allerdings will Sihanouk den Amerikanern eine goldene Brücke bauen: Er will mit Kissinger verhandeln, entweder in Paris oder in Ottawa. Ziel der Verhandlungen: Anerkennung seiner Exilregierung durch die USA als einzige rechtmäßige Regierung.

WESSEN GUERILLAS?
Sihanouk meldet sich, weil seine Stellung unter den fortschrittlichen Kräften in Kambodscha sehr umstritten ist und weil er fürchtet, bei einer Lösung in Kambodscha "überzu-

Unter dem demagogischen Titel "Sihanouk gegen Waffenruhe"(!), der suggeriert, nicht der US-Imperialismus und seine Lakaien, sondern Sihanouk bzw.die Befreiungsbewegung sei der Kriegstreiber, erfüllt die Volksstimme ihre Pflicht, den eigenen Mitgliedern die schädliche Rolle der sozialimperialistischen sowjetischen Führung "akzeptabel" zu machen, die beständig versucht die nationale Einheitsfront zu spalten, indem sie gegen Sihanouk arbeitet, um gleichzeitig einen moskautreuen Flügel in der Widerstandsbewegung aufzubauen.
Immer wieder unterstützt sie sogenannte Friedensinitiativen der US-Imperialisten.Diese versuchen, indem sie zur Bildung einer Koalitionsregierung Sihanouk-Lon Nol auffordern, Teile der Befreiungsbewegung abzuspalten und zu einem Kompromiß zu bewegen, der den USA weiterhin ihren Einfluß garantiert.Darauf hat die GRUNC (königl.Regierung) und Sihanouk schon des öfteren hingewiesen.
Unter anderem erklärt sich diese Stellung der SU und damit auch der KPÖ daraus, daß Sihanouk nie davor zurückschreckte, die SU wegen ihrer Politik als das zu bezeichnen was sie ist - ein Feind des kambodschanischen Volkes -, und aus den guten Beziehungen, die die Regierung unter Sihanouk mit der VR China unterhält, die sich aus der konsequenten Unterstützung durch die VR China ergeben.
"Wessen Guerillas", fragt die Volksstimme, und fällt damit nicht nur dem kambodschanischen, sondern allen 3 indochinesischen Völkern in den Rücken, die in der gemeinsamen Erklärung der Gipfelkonferenz vom 25.4.70 erklärt hatten:"Die Konferenz zeigt besonderes Interesse für die gegenwärtige Situation in Kambodscha.Sie drückt ihre entschlossene Unterstützung für den heldenhaften Kampf des kambodschanischen Volkes aus, das dem Aufruf des Staatsoberhauptes, Prinz Norodom Sihanouk,folgend, sich im ganzen Land erhebt und

bleiben". Der Prinz hat sein Land zwar neutral gehalten, aber er hat auch jeden Versuch linker Kräfte, eine Bodenreform durchzuführen, brutal bekämpft und "Nationalisierungen" vor allem durchgeführt, um sich und seine Familie zu bereichern.
Wenn Sihanouk behauptet, daß "seine Guerillas 85 % des kambodschanischen Territoriums kontrollieren", so ist das eine leichte Übertreibung. Nicht was die 85 % betrifft, aber was die Behauptung, es handle sich um "seine Guerillas", betrifft.
"Le Monde" hat übrigens von drei Tagen gemeldet, daß Sihanouk bereits über Vermittlung der Chinesen Gespräche mit den Amerikanern aufgenommen hat, mit dem Ziel, ihn nach einem Waffenstillstand wieder "einzuschalten".

einen hartnäckigen Kampf führt, mit der Waffe in der Hand und auf andere Weise, in der festen Entschlossenheit, die Lon-Nol-Sirik-Matak-Clique zu vertreiben und die Aggressionspläne der US-Imperialisten zu vereiteln.Sie spricht ihre volle Unterstützung für die 5-Punkte-Erklärung des Staatsoberhauptes,Prinz Norodom Sihanouk, vom 23.3.1970 aus."
Erst kürzlich, am 1.Februar 73 erklärte die DRV nochmals:"Um den Frieden in ganz Indochina wiederherzustellen, haben das vietnamesische Volk und die Regierung der DRV tatkräftig den gerechten Kampf und den korrekten Standpunkt des kambodschanischen Volkes unterstützt.Die Vereinigten Staaten müssen die fundamentalen nationalen Rechte des kambodschanischen Volkes respektieren, die inneren Angelegenheiten Kambodschas müssen von den Kambodschanern selbst ohne fremde Einmischung geregelt werden.Staatschef Samdech Norodom Sihanouk ist der Repräsentant der Legalität,Authentizität und Kontinuität des Kambodschanischen Staates...."
Neben China stellte auch die KdVR ausdrücklich fest:"Die Koreanische Volksdemokratische Republik und das koreanische Volk

fordern entschieden, daß die imperialistischen Aggressoren mit der Zerstörung der befreiten Gebiete aufhören, ihre barbarieschem Völkermord gegen das kambodschanische Volk beenden und ohne Verzögerung aus Kambodscha abziehen und daß die Kambodscha-Frage unter allen Umständen in Übereinstimmung mit der 5-Punkte-Erklärung von Samdech Norodom Sihanouk vom 23.3.1970 geregelt wird." (The Pyongyang Times, 17.2.73)
Diese gegen die indochinesischen Völker gerichtete Politik versucht die Volksstimme mit dem Hinweis auf die Vergangenheit Sihanouks glaubwürdiger zu machen. Tatsächlich hat Sihanouk vor dem vom CIA geplanten Staatsstreich die Linke Kambodschas hart verfolgt, während er eine Schaukelpolitik in außenpolitischen Fragen betrieb und die Neutralität Kambodschas zu wahren versuchte. Im Rahmen dieser Schaukelpolitik verurteilte er auch die US-imperialistische Aggression. Nach dem Putsch übte er Selbstkritik: "Der Verrat, die Feigheit, die Verleumdungen und die verachtungswürdigen Angriffe der Reaktionäre haben mir die Auge geöffnet und mir meine unentschuldbare Naivität und meine Fehleinschätzung schmerzlich bewußt gemacht, die mich glauben ließen, daß ein freies, demokratisches, friedliebendes, blühendes und glückliches Land aufgebaut werden könnte mit der Hilfe von solchen unverbesserlichen Figuren, von korrupten Bourgeoisien, Elementen und Prinzen, von Faschisten, Reaktionären wie denen, die gegenwärtig die "Regierung" und das "Parlament" von Pnom Penh bilden."
Er ließ es aber nicht bei einer Selbstkritik bewenden, sondern stellte sich sofort in den Dienst des antiimperialistischen Kampfes, was unter anderem dazu führte, daß größere Teile der Armee zum Volk übergingen und damit die Lon Nol Clique stark schwächten. Der notwendige Zusammenbruch des Marionettenregimes war schon nach wenigen Wochen offensichtlich. Sicherlich ist Sihanouk nicht zum Kommunismus übergegangen, seine antiimperialistische Haltung stellt ihn aber an die Seite des Volkes und läßt ihn einen großen Beitrag für die Befreiung des Landes vom Imperialismus leisten.
In der Frage Kambodscha glaubt die KPÖ, die sonst bei jeder Frage den letzten Bürgerlichen mit offenen Armen empfängt, also die superrevolutionäre Fahne schwingen zu können, in der Hoffnung, vertuschen zu können, daß dies alles nur geschieht, um die sowjetische Führung reinzuwaschen. Dabei mißachtet sie aber auch noch eine fundamentale Lehre des Marxismus-Leninismus, nämlich jede antiimperialistische Bewegung zu unterstützen, um dann im Rahmen dieser Unterstützung den konsequentesten antiimperialistischen Standpunkt, den kommunistischen, im besonderen zu unterstützen; Das deshalb, weil die restlose Durchführung der antiimperialistischen Revolution nur unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei gelingen kann. Die antiimperialistische, antifeudale Revolution in kolonialen und halbkolonialen Ländern ist eine gemeinsame Revolution mehrerer Klassen und Angriffe gegen bestimmte Teile der Einheitsfront, wie etwa Sihanouk, zu reiten ist Spalterpolitik, ist eine Unterstützung der Imperialisten. Die SU verfolgt eine solche Spalterpolitik, um einen revisionistischen, prosowjetischen Flügel an die Führung der Befreiungsbewegung bringen zu können, die Voraussetzung für einen verräterischen Ausgleich mit Lon Nol und den Imperialisten. Die KPÖ unterstützt diese Manöver, die letzlich darauf hinauslaufen, das kambodschanische Volk den Imperialisten auszuliefern.
Die Volksstimme läßt es aber dabei nicht bewenden, sondern schließt ihren Artikel noch mit einer glatten Fälschung, wobei sie sich auf die bürgerliche Zeitung "Le Monde" beruft wo es im Gegensatz zur Volksstimmemeldung heißt: "Er erklärte auch (auf einer Pressekonferenz; d.Red.), daß er letztes Jahr einen von den Chinesen übermittelten amerikanischen Vorschlag zurückgewiesen habe, der von Paris

und Moskau unterstützt worden sei. Dieser habe vorgesehen, ihn an die Spitze einer Regierung der "Eintracht" in Pnom-Penh nach der Auflösung des Kabinetts von Marschall Lon Nol und der königlichen Regierung zu stellen". Es kann also keine Rede davon sein, daß Sihanouk sich mit Lon Nol und den Amerikanern arrangieren möchte, um "eingeschalten" zu werden, wie die Volksstimme sich auszudrücken beliebte. Vielmehr sind die sowjetischen Sozialimperialisten diejenigen, die eine Aussöhnung wollen, wenn möglich ohne Sihanouk, um ihren Einfluß in Kambodscha zu bewahren, wie wir oben gezeigt haben.

Lange Zeit lehnte Sihanouk jede Verhandlung mit den USA ab, in den letzten Wochen gab es allerdings eine gewisse Wendung, die sich aus der neuen Lage in Indochina ergibt. Auf diese bezieht sich die Volksstimme allerdings nicht, sie fälschte nur die Meldung der "Le Monde" vom 23.1.73, denn erst am 3o. Jänner machte Sihanouk den USA den Vorschlag zur Kontaktaufnahme. Er begründete dies völlig korrekt folgendermaßen: "Wir wollen nicht, daß man uns beschuldigt Öl in das Feuer in Indochina zu schütten, wir wollen unseren Friedenswillen demonstrieren". (Le Monde 31.1.) "Nach Ansicht des Prinzen gibt es gegenwärtig 'eine internationale Bewegung uns einer Dreierkonferenz beizuziehen', an der die GRUNC, die USA und die Regierung Lon Nol teilnehmen sollen. Er sagte, daß unter anderen zwei Länder die Urheber dieser "Bewegung" seien: die USA und Frankreich, und daß er das ablehne. Eine Parallele zwischen Südvietnam und Kambodscha zu ziehen sei nicht richtig, meinte der Prinz: "In Südvietnam gibt es seit jeher eine Regierung in Saigon und, auf der anderen Seite eine junge Regierung, die Provisorische Revolutionsregierung, die im Dschungel geboren wurde. Was Kambodscha betrifft, bin ich es, der die Legitimität repräsentiert, während Lon Nol nur ein Verräter ist. Wir können nicht dieselbe Lösung akzeptieren, die man für den Fall Südvietnams gefunden hat." (Le Monde vom 31.1.73). Dann gab Sihanouk bekannt, warum er gerade jetzt die Bereitschaft zu Gesprächen mit den USA zeige: "Unsere Freunde sagen uns, daß unsere Gegner es gerade jetzt besonders leicht hätten, uns als Kriegstreiber hinzustellen, jetzt, in dem Augenblick, wo man dabei ist, einen Frieden zustandezubringen, und daß für uns die Gefahr bestehe, daß wir in die Isolierung geraten, wenn unsere Beweggründe mißverstanden werden, während Lon Nol eine Friedenskampagne inszeniert." (Lon Nol, mit Hilfe des CIA an die Macht gebracht, forderte dem Brudermord ein Ende zu setzen!!!)

"Prinz Sihanouk sagte, daß er ohne Illusionen sei, wenn er den USA bilaterale Kontakte vorschlage, weil er wisse, daß die USA nicht die Absicht hätten, Marschall Lon Nol fallenzulassen, genauso wie sie Nguyen Van Thieu nicht fallengelassen haben." (Le Monde 31.1.)

Es handelt sich hier also um die einzig korrekte Politik, die nötig ist um die Feinde des Volkes besiegen und isolieren zu können - Kriegführen und verhandeln; nur so kann gezeigt werden, daß die Imperialisten und ihre Verbündeten die wahren Kriegstreiber sind.

Die KPÖ fällt den indochinesischen Völkern aber nicht nur in ihrer Zeitung in den Rücken, die unmittelbar praktischen Folgen ließen nicht lange auf sich warten. Auf Geheiß von oben mußten die KPÖ-Organisationen KSV und KJÖ den Schwanz einziehen und die sozialimperialistischen Positionen der sowjetischen Führer annehmen.

Aus Anlaß der Konstituierung des Kreisky-Komitees war vereinbart worden, daß einige der im ehemaligen Indochinasolidaritätskomitee zusammengeschlossenen Organisationen bei der Konstituierung dieses Komitees eine Stellungnahme abgeben sollten. In dieser Stellungnahme, zunächst von KSV und KJÖ noch gebilligt, wurde unter anderem unmißverständlich die Anerkennung der einzig legitimen Regierungen

von Kambodscha und Laos von der Bundesregierung gefordert. Hatten KSV und KJÖ zunächst noch angeschlossen, so war die Überraschung nicht gering, als am nächsten Tag eben diese beiden Organisationen sich von der gemeinsamen Erklärung distanzierten und eine eigene Erklärung verteilten, die sich von der gemeinsam am Vortag ausgehandelten nur dadurch unterschied, daß die Forderung nach der Anerkennung der einzig legitimen Regierungen von Kambodscha und Laos fallengelassen worden war. Damit haben sich auch die Unterorganisationen der KPÖ als Handlanger der Sozialimperialisten selbst völlig entlarvt.

DIE AKTUELLE SITUATION IN INDOCHINA

Am 27. Jänner 1973 haben die Außenminister als bevollmächtigte Vertreter der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam, der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Südvietnam, der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Republik Vietnam (der USA-Marionetten um Thieu) das "Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam" unterzeichnet. Der politische Inhalt des Vertrages ist der gleiche wie der des 9-Punkte-Abkommens vom Oktober. Die US-Imperialisten waren gezwungen, in allen wichtigen Fragen die Positionen, die sie seit dem ersten Indochinakrieg innehatten, aufzugeben. Jetzt mußten sie in einem Vertrag alles das respektieren und unterzeichnen, was sie 1954, bei Abschluß der Genfer Verträge, nicht wahrhaben wollten, weswegen sie die Verträge damals auch gleich gar nicht paraphierten. Die wichtigsten Punkte des Abkommens sind:

- Die Vereinigten Staaten und die anderen Länder verpflichten sich, die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und die territoriale Integrität Vietnams zu respektieren.
- Die Vereinigten Staaten werden den Aggressionskrieg, ihr militärisches Engagement und ihre Intervention in die inneren Angelegenheiten Südvietnams völlig beenden.
- Das Recht der Bevölkerung von Südvietnam auf Selbstbestimmung soll respektiert werden, ihre demokratischen Freiheiten sind ihr zugesichert. Durch wirklich freie und demokratische, allgemeine Wahlen wird die südvietnamesische Bevölkerung über ihre eigene politische Zukunft bestimmen.
- Die Wiedervereinigung Vietnams soll schrittweise mit friedlichen Mitteln verwirklicht werden.

EIN GEWALTIGER SIEG

Dieses Abkommen stellt einen gewaltigen Sieg des vietnamesischen Volkes in seinem langdauernden Volkskrieg dar, einen gewaltigen Sieg des Kampfbündnisses der drei indochinesischen Völker und einen gewaltigen Sieg für die revolutionäre Bewegung der ganzen Welt. Dieser Sieg zeigt, daß es auch einem kleinen Volk möglich ist, selbst den mächstigten Imperialismus zu besiegen, wenn es einen Volkskrieg führt, wenn es sich auf seine eigenen Kräfte stützt und wenn es unter der Führung einer kommunistischen Partei steht.
"Dieser große Erfolg ist ein Erfolg der korrekten politischen Linie der Partei der Werktätigen Vietnams, die den unbeugsamen

Kampf an den drei Fronten, der politischen, der militärischen und der diplomatischen, propagierte", erklärte Le Duc Tho.
Dieser siegreiche Kampf hat aller Welt vor Augen geführt, wie der Imperialismus sich in aller Welt isolieren muß, wie sich seine inneren Widersprüche verschärfen müssen und wie er deshalb trotz seiner Waffenarsenale unterliegen muß, weil er einen ungerechten, einen Aggressionskrieg führt.
Gleichzeitig hat die ganze Geschichte des Krieges deutlich gemacht, welche ungeheuren Kräfte ein Volk in einem Volkskrieg, in einem gerechten Krieg für die Interessen der ganzen Nation mobilisieren kann, wie tatsächlich die Kräfte des Vokes im langdauernden Krieg immer stärker werden. Jetzt kann sich jeder selbst überzeugen, daß die Theorie von der militärischen Unbesiegbarkeit des Imperialismus und von der Allmacht der Waffen falsch ist, und daß die aufstrebenden Kräfte der Demokratie und des Sozialismus dem Absterbendem Imperialismus überall überlegem sind. Die Geschichte selbst hat bewiesen, daß auch der Besitz von Atomwaffen an diesem historischen Gesetz nichts ändern kann.
Der siegreiche Kampf der indochinesischen Völker ist der Beweis, daß die historische Strömung "Staaten wollen Unabhänigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution" auch durch die entschiedensten Bemühungender Imperialisten nicht aufgehalten werden kann.

DAS ABKOMMEN BEDEUTET EINEN GROSSEN FORTSCHRITT IN DER NATIONALDEMOKRATISCHEN REVOLUTION!

Die Geschichte der US-Aggression ist eine Geschichte von Niederlagen. Als die US-Imperialisten nach 1954 das Genfer Indochinaabkommen verletzten, der Bevölkerung Südvietnams die demokratischen Freiheiten verweigerten und versuchten, Südvietnam in ihre Neo-Kolonie unter dem Regime Diems zu verwandeln, stießen sie auf den Widerstand des Volkes. Um diesen Widerstand zu brechen, begannen sie einen "Spezialkrieg", wobei sie hauptsächlich Marionettentruppen mit amerikanischen Beratern kämpfen ließen und versuchten durch das Zusammentreiben der Bauern in Konzentrationslagern, sogenannten "strategischen Dörfern" und "Zonen des Wohlstands", die Volksbewegung einzudämmen. Als diese Methoden nichts halfen, sondern dem Volk die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes nur noch deutlicher vor Augen führten, gingen sie zum "begrenzten Krieg" über. Sie schickten eine Armee von 550 Tausend Mann nach Vietnam und nahmen verbrecherische Bombenangriffe gegen die DRV auf. Als auch diese Eskalation zerbrach, mußten die Imperialisten nach der Tet-Offensive 68 und der Offensive 69 ihre Konzeption neuerlich revidieren und zu einer neuen Form des "Spezialkrieges", der "Vietnamisierung", zurückkehren. Wieder sollten hauptsächlich Marionettentruppen für den Bodenkampf eingesetzt werden, sollten Vietnamesen gegen Vietnamesen kämpfen. Gleichzeitig damit setzte der beispiellos barbarische Einsatz der US-Luftwaffe und der US-Marine gegen die DRV, Südvietnam und ganz Indochina ein. Aber auch der Volkskrieg der indochinesischen Völker hatte bereits eine höhere Stufe erreicht. So wurde auch der Plan der "Vietnamisierung" in der gewaltigen Offensive im Jahre 1972 zerschlagen und der Vernichtungskrieg gegen den Norden erlitt Ende des letzten Jahres eine beispiellose Niederlage. Durch diese gewaltige Offensive des vietnamesischen Volkes wurde der US-Imperialismus gezwungen, seine direkte, militärische Intervention und Aggression zu beenden.
Damit ist genau das eingetreten, was die vietnamesischen Genossen bereits beim Beginn des Übergangs vom "Lokalkrieg" zur neuen Stufe des "Spezialkrieges", der Vietnamisierung", festgestellt hatten. "Die US-Strategie des "Spezialkrieges" scheiterte also und wurde durch die Strategie des "Lokal-

krieges" ersetzt. Nun, da auch die letztere vor die Hunde gegangen ist, fassen die Amerikaner eine Rückkehr zu der ersteren ins Auge. Zu einer gescheiterten Strategie zurückzukehren, um eine andere erfolglose Strategie zu retten, ist ein Teufelskreis, der die Sackgasse und die Niederlage der USA in ihrem Aggressionskrieg gegen Vietnam zum Ausdruck bringt". (Mai 1969)

Das Abkommen bedeutet für das vietnamesische Volk einen gewaltigen Fortschritt, es ist jedoch noch keineswegs der Abschluß der national-demokratischen Revolution. Der Imperialismus hat eine Niederlage erlitten, aber er ist noch nicht völlig geschlagen. Das Programm der FNL ist noch nicht verwirklicht, noch besteht eine Marionettenregierung, die nichts anderes als ein Instrument des Neokolonialismus ist und die nicht bereit ist, in den von ihr kontrollierten Gebieten, dem Volk demokratische Freiheiten zu gewähren.
Es ist ganz klar, daß die US-Marionettenclique Thieu mit allen Mitteln versucht, die Erfüllung des Abkommens zu verhindern und daß sie niemals demokratische Freiheiten oder die Wiedervereinigung des Landes zulassen wird. Deshalb hat auch Le Duc Tho in einer Rede am 2. Februar in Peking festgestellt: "Das siegreiche Ende des Widerstandes des vietnamesischen Volkes bedeutet eine neue Wendung in der vietnamesischen Revolution, aber das ist nur ein Anfangserfolg. Unser Volk in den beiden Zonen, dem Norden und dem Süden Vietnams, wird noch einen harten und komplexen Kampf führen müssen, um sein Ziel zu erreichen: "ein friedliches, vereinigtes, unabhängiges, demokratisches und blühendes Vietnam zu schaffen. Die südvietnamesische Bevölkerung wird viele Schwierigkeiten und Hindernisse überwinden müssen, denn die militaristischen und faschistischen Kräfte - Instrumente des Neokolonialismus - weigern sich noch immer, ihre Manöver gegen den Frieden aufzugeben und aufzuhören, unser Volk daran zu hindern, zu Unabhängigkeit und Freiheit zu gelangen".

DIE NEOKOLONIALISTISCHE POLITIK

Die Imperialisten werden nie freiwillig ihre Pläne aufgeben, Süd-Vietnam in ihrer Abhängigkeit zu halten und auszubeuten.
Die USA und andere imperialistische Mächte (Japan, BRD, Frankreich) beginnen schon, neue ausbeuterische Kapitalexporte, die unter der Bezeichnung "wirtschaftliche Hilfe für den Wiederaufbau" laufen, in Südvietnam zu planen. Diese Investitionen sollen eine noch stärkere Ausbeutung der Rohstoffe und der Arbeitskraft des vietnamesischen Volkes bringen und gleichzeitig Thieu stärken, um ihn an der Macht zu halten.
Die US-Monopole sehen Investitionen in der Höhe von 7,5 Millionen Dollar für die nächsten Jahre vor, mit Investitionen in der selben Höhe rechnen private japanische Kapitalisten. Einen wichtigen Platz in den neokolonialistischen Plänen der Monopole nimmt ein Projekt ein, das sich mit der wirtschaftlichen Erschließung des gesamten Einzugsgebietes des Mekongs in Vietnam, Thailand, Kambodscha und Laos für den Imperialismus beschäftigt. An diesem Projekt sind neben den USA und Japan auch eine Reihe europäischer Staaten beteiligt. Durch den Bau einer Kette von Kraftwerken soll der verstärkte Raub an den Bodenschätzen der südostasiatischen Völker ermöglicht und gleichzeitig damit die Gewinne aus den imperialistischen Plantagen erhöht werden. Auf diese Weise wollen die Imperialisten den Mekong zum strategischen Rückgrat ihrer militärischen und wirtschaftlichen Aggression machen.
So wie aber alle neokolonialistischen Pläne nach 1954 gescheitert sind, so werden sie auch diesmal am entschlossenen Widerstand des vietnamesischen Volkes scheitern. Die Gefahr aber, daß der US-Imperialismus sich nicht doch wieder in neue, noch gefährlichere mili-

tärische Abenteuer stürzen wird, wenn seine "neue" Politik abermals zu scheitern droht, ist nicht gebannt. Heute schon beginnen die Imperialisten mit dem planmäßigen Ausbau ihrer Stützpunkte in Thailand, wohin die gesamte Luftwaffe verlegt wurde.

DIE SOZIALE BASIS DES NEOKOLONIALISMUS IN VIETNAM

Bei seiner Unterdrückung hat der Imperialismus in den unterdrückten Ländern stets Verbündete. Das ist jener Teil der Bourgeoisie, der von Handlangerdiensten für die ausländischen Monopole oder direkt vom imperialistischen Aggressionskrieg lebt. Die Kompradorenbourgeoisie ist eine zahlenmäßig äußerst schwache Klasse, die aber ungeheure Reichtümer aufhäuft. Sie stellt in Saigon das Marionettenregime Thieus. Diese Kompradorencliquen um Thieu stecken einen großen Teil der amerikanischen Mitteln für die Unterhaltung der Marionettenarmee in die eigene Tasche, ihr Schicksal ist auf Gedeih und Verderb mit dem des Imperialismus verbunden. Die Kompradorenbourgeoisie steht nicht nur im Gegensatz zu den Arbeitern, Bauern und dem städtischen Kleinbürgertum, sondern teilweise auch zur nationalen Bourgeosie, die aufgrund der ökonomischen Aggression des Imperialismus in ihrer Existenz bedroht ist.

Die zweite Stütze des Imperialismus in Vietnam bildet die feudale Grundbesitzerklasse. Sie ist der unmittelbare Feind der Bauern, der Hauptkraft der nationaldemokratischen Revolution. Die demokratische Revolution kann nicht ohne Liquidierung dieser Klasse und die Aufteilung des feudalen Grundbesitzes an die Bauern vollendet werden. Im Kampf gegen die Bauern steht daher diese Klasse auf Seite des Imperialismus. Dennoch können während der direkten imperialisten Aggression Teile dieser Klasse neutralisiert werden. Solange der Imperialismus mit seinen eigenen Truppen in Vietnam intervenierte, trat der Widerspruch zwischen dem vietnamesischen Volk und diesen Klassen an die zweite Stelle gegenüber dem Hauptwiderspruch zum amerikanischen Imperialismus, auch wenn beide Widersprüche verknüpft sind, und die Lösung beider Widersprüche für die Vollendung der national-demokratischen Etappe unerläßlich ist. Mit der Rückkehr der Imperialisten zur neokolonialistischen Politik rückt der Widerspruch mit der landesverräterischen einheimischen Reaktion wieder in den Vordergrund, denn auf diese beiden Klassen gestützt, versucht der Imperialismus heute seine Stellung in Vietnam zu halten. Solange die Kompradorenbourgeoisie nicht geschlagen ist, kann es keine echte nationale Unabhängigkeit geben. Ebensowenig kann es aber auch Demokratie für das Volk ohne Niederschlagung des Feudalismus geben.

DER WERT UND DIE BEDEUTUNG DES ABKOMMENS FÜR DAS VIETNAMESISCHE VOLK

Im letzten Monat haben die US-Imperialisten und die Thieu-Clique zur Genüge bewiesen, daß sie nicht daran denken, das Abkommen einzuhalten, sondern daß sie nach wie vor an der Unterdrückung der ganzen Bevölkerung Südvietnams festhalten. Während und nach den Verhandlungen hat die Marionettenarmee niemals aufgehört, die befreiten Gebiete anzugreifen und sie versucht noch immer, diese in großangelegten Operationen zu erobern. Das Marionettenregime hat die demokratischen Freiheiten, die in dem Abkommen vorgesehen sind, nicht nur in keinem Punkt zugelassen, sie hat im Gegenteil ihre Terrorherrschaft noch wesentlich verschärft. Aus diesem Grund fragen sich jetzt viele Menschen, ob das Abkommen überhaupt einen Erfolg bedeutet und was es dem vietnamesischen Volk tatsächlich bringt.

Die Vertreter der PRR wissen sehr gut und betonen immer wieder, daß die Imperialisten und ihre marionetten den Krieg gegen das Volk nicht freiwillig einstellen werden, sie wissen auch, daß die Marionetten nicht freiwillig demokratische Freiheiten oder gar die Wiedervereinigung des Landes zulassen werden. Es ist ganz klar, daß ohne dem Sturz der Thieu-Clique kein unabhängiges, demokratisches und friedliches Vietnam aufgebaut werden kann. Aber für eine Anzahl von Menschen in Vietnam, hier besonders in den Städten, und in der ganzen Welt ist die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes bis zur endgültigen Zerschlagung des Thieu-Regimes noch nicht so selbstverständlich. Sie sind der ständigen Lügenpropaganda der Imperialisten ausgesetzt und konnten sich noch nicht durch die eigene Erfahrung von der Gerechtigkeit des von der FNL und der PRR geführten Kampfes der Volksmassen voll überzeugen. Das sind diejenigen politischen Kräfte, die zwar für Unabhängigkeit, politische Freiheit und Wiedervereinigung eintreten, aber noch teilweise im Banne der "Furcht vor den Kommunisten" stehen, diejenigen, die um ihren kleinen Besitz, um ihr kleines Stück Land fürchten. Eine andere Gruppe von Menschen unterstützt zwar den von der PRR angeführten Kampf, aber hofft noch immer, daß die Ziele des vietnamesischne Volkes ohne Weiterführung des Kampfes durch Verhandlungen allein durchgesetzt werden könnten.

THIEU ISOLIEREN - DAS VOLK VEREINEN

Um den Imperialismus aber völlig besiegen zu könne, das heißt, um ihn auch in seinen Zentren, den großen Städten zu schlagen, ist es notwendig, auch diese Teile des Volkes voll für den Kampf zu gewinnen, Die Forderungen des Abkommens sind für diese Schichten und überhaupt für das ganze Volk verständlich und finden wärmste Unterstützung, weil sie deren Interessen formulieren. Im Kampf um die Durchführung dieses Abkommens wird sich die Einheitsfront noch mehr ausweiten und die politische Armee der Revolution sich weiter verstärken. Das Abkommen ist die Grundlage für den politischen Kampf. Deshalb heißt es auch im Appell des ZK der Partei der Werktätigen Vietnams und der Regierung der DRV vom 18.1.:

"Das unterzeichnete Abkommen ist die politische und juristische Basis für die Sicherung der nationalen Grundrecht unseres Volkes und des geheiligten Selbstbestimmungsrechts unserer Landsleute im Süden. Dieser Sieg ist für unser Volk die Grundlage dafür, weiter vorwärts zu schreiten, neue Siege zu erringen und die national-demokratische Revolution im ganzen Land zu verwirklichen."

Die vietnamesichen Kommunisten haben auch keine Illusionen darüber gelassen, daß man die Erfüllung des Abkommens erbitten könnte, sondern haben im Gegenteil herausgestellt, daß man darum kämpfen muß. Im Kampf um das Abkommen wird das ganze Volk erkennen, daß es das Thieu-Regime ist, das die Zusammenarbeit zwischen der PRR und der Saigoner Verwaltung, das die nationale Eintracht verhindert. Alle Schichten des Volkes werden schließlich erkennen, daß ein friedliches Zusammenleben mit der Thieu-Clique nicht möglich ist, weil eben das Marionettenregime von seiner Aggression gegen das Volk nicht abläßt, weil es nicht bereit ist, das Abkommen zu verwirklichen. Gerade dadurch werden die Volksmassen entschlossein, die Angriffe der volksfeindlichen Thieu-Clique im bewaffneten Kampf abzuwehren, Thieu zu stürzen, um das Land endgültig vom Imperialismus und seinen Lakaien zu befreien. Das Abkommen ist also ein wichtiges Instrument, um den Zusammenschluß des ganzen Volkes zu verwirklichen und um die Entschlossenheit der Massen zu erhöhen. Genau das ist gemeint, wenn es im Appell des ZK der FNL und der PRR der RSV heißt: "Die neue Waffe in unserer Hand ist das unterzeichnete Abkommen."

WIE THIEU DAS ABKOMMEN ERFÜLLT

Mit allen Mitteln versucht Thieu das ausgehandelte Abkommen zu sabotieren. Das Abkommen, das die tiefsten Wünsche des vietnamesischen Volkes zum Ausdruck bringt, will er nicht einhalten, weil es das Ende seiner Terrorherrschaft bedeuten würde, die darin vorgesehenen demokratischen Rechte durchzuführen.
So heißt es in Artikel II :"Unmittelbar nach dem Waffenstillstand werden die 2 südvietnamesischen Vertragsparteien : nationale Aussöhnung und Eintracht anstreben, Haß und Feindschaft beenden, alle Handlungen der Vergeltung und Diskriminierung gegen Personen oder Organisationen untersagen, die mit der einen oder anderen Seite kollaboriert haben; die demokratischen Freiheiten des Volkes gewährleisten: persönliche Freiheit, Redefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Organisationsfreiheit, Freiheit für politische Aktivitäten, Glaubensfreiheit, Recht auf freie Bewegung, Recht zur freien Wahl des Wohnsitzes, Recht auf Arbeit, Recht auf Eigentum und Recht auf freie Berufsausübung."
Tag für Tag verstößt die Thieu-Clique gegen dieses Abkommen. Das geht aus der bürgerlichen Zeitung "Le monde" ganz klar hervor, ganz im Gegensatz zur verrotteten Presse bei uns.

So heißt es am 23.1. :"Montag erklärte Radio Saigon, der Friede könne nicht eher hergestellt werden, bevor nicht die Armee General Thieus 'den letzten Kommunisten massakriert' habe."
Oder am 24.1.:"Präsident Thieu untersagt jede Verlagerung der Flüchtlinge. . . .Der Korrespondent der Washington Post in Da Nang berichtet, daß die Regierung den Flüchtlingen nicht gestatten wird, auf ihr Land zurückzukehren, nicht einmal in den kontrollierten Zonen. Familien, die in Lagern wohnen, würde die Nahrung verweigert werden, falls eines ihrer Mitglieder verschwinden sollte. Diese Maßnahme betrifft 1640 Personen (nach einer amerikanischen Statistik), die in Lagern leben und Millionen andere, die rund um die Städte vegetieren. . . .Tatsächlich liegt alle Macht in den Händen der Polizei und der Armee, so wie es am Montag das offizielle Blatt Tin Song bestätigte. Die Militärs werden auf der Stelle Personen erschießen, die eine Demonstration organisieren, die desertieren wollen. Die "Neutralisten" werden vor einem Militärtribunal abgeurteilt werden. Unter diesen Bedingungen ist es schwer vorstellbar, wie die "dritte Kraft" wird agieren können, und wie die freien Wahlen organisiert werden könnten".
Am 17.2.1973: "Die Kommissionen, die beauftragt sind, die Anwendung des Pariser Abkommens über die Einstellung der Feindseligkeiten in Süd-Vietnam zu kontrollieren, fahren fort, sich über die Böswilligkeiten der Saigoner Verwaltung und über die Zwischenfälle, die diese hervorruft, zu beschweren. Der 15.2. war in dieser Hinsicht bezeichnend. Die Saigoner Verwaltung überschüttete die Quartiere der PRR-Delegierten in Tan Son Nuth mit Insektenvertilgungsmitteln und belästigte auf diese Weise zahlreiche Personen, während zur gleichen Zeit in Hue 2 nordvietnamesische Offiziere der gemischten Viererkommission beim Verlassen ihres Hotels angegriffen wurden. ...."
"Die Obrigkeit von Saigon hat Sonntag auch der Polizei, die die kommunistischen Delegierten bewacht, Befehl gegeben, gegen jede Person, die versuchen sollte, Kontakt mit diesen aufzunehmen, das Feuer zu eröffnen, auch gegen Journalisten ......"
Thieu ist natürlich auch nicht bereit, alle 200 000 politische Gefangene freizulassen. "Schließlich veröffentlichte am Mittwoch Nguyen Dinh Thi, ..., einen Appell von 30 kulturellen Organisationen an die Kontrollkommission des Pariser Abkommens, der die Befreiung von ungefähr 200 000 politischen Gefangenen erreichen will. Diese Befreiung ist Voraussetzung für die Wiederversöhnung und nationale Eintracht, fügt dieser Text hinzu, der von katholischen, buddhistischen, caodaistischen... Organisationen unterzeichnet ist."

DIE AUFGABEN DER VOLKSBEFREIUNGSSTREITKRÄFTE

DIE AUFGABEN DER VOLKSBEFREIUNGS-STREITKRÄFTE

Der politische Kampf ist die entscheidende Grundlage des Befreiungskampfes, er erst ermöglicht den Zusammenschluß des Volkes. Das Volk wird seine gerechten Forderungen aber nur dann durchsetzen können, wenn es der konterrevolutionären Gewalt der Marionetten seine eigene, revolutionäre Gewalt entgegensetzt. Das stärkste und entscheidende Machtmittel in den Händen des Volkes ist die Volksarmee. Auch heute gilt daher in Vietnam: "Wenn es keine Armee gibt, gibt es nichts für das Volk." (Mao) Die PRR läßt eine Schwächung der Volksarmee nicht zu, sondern organisiert im Gegenteil die Verstärkung ihrer Kampfkraft.
Die Taktik der Imperialisten und ihrer Marionetten ist es, während der Verhandlungen und nach Abschluß des Waffenstillstandes zu versuchen, die befreiten Gebiete zu überrennen. Dabei hoffen sie, daß die Volksstreitkräfte zögern werden, ihnen Widerstand entgegenzusetzen. Auf diesen Trick fällt das vietnesische Volk freilich nicht herein. Die befreiten Gebiete werden gegen jeden Angriff verteitigt, das vietnamesische Volk gibt keinen fußbreit Boden auf. Die Volksstreitkräfte halten den Waffenstillstand streng ein, aber wenn die Reaktionäre ihre Angriffe nicht einstellen, werden die Volksstreitkräfte zum Gegenschlag ausholen und die Reaktionäre bestrafen.
Die Aufgaben, die die Armee im Kampf um die Durchführung des Waffenstillstandsabkommens erfüllen muß, kann man gut verstehen, wenn man sich den Tagesbefehl der Befreiungsstreitkräfte Südvietnams anläßlich der Unterzeichnung in Paris ansieht; in diesem Befehl appelliert das Kommando an alle Kader und Kämpfer der Volksbefreiungsstreitkräfte Südvietnams

1.) Sich völlig klar zu sein über den großen Sieg des revolutionären Kampfes des Volkes, über die Komplotte der reaktionären Kräfte, über die Aufgaben und die Rolle der Volksstreitkräfte in der neuen Periode; völliges Vertrauen in die klarsichtige Führung der FNL und der PRR der RSV zu setzen.

2.) Ständig die Kampfbereitschaft und die revolutionäre Wachsamkeit zu beweisen, entschlossen zu sein, gemeinsam mit dem ganzen Volk für die Erhaltung des Friedens, die Verteidigung der befreiten Gebiete und die Verteidigung des Lebens und der Güter der Bevölkerung zu kämpfen, wachsam zu sein und sich bereit zu halten, jedes Komplott, jeden Provokationsakt und jeden Akt der Sabotage des Abkommens, der Sabotage des Friedens und der Provokation eines neuen Kieges durch den Feind zu vereiteln.

3.) sich anzustrengen, die eigenen Kräfte aufzubauen, die Kampffähigkeit der Volksbefreiungsstreitkräfte in jeder Hinsicht zu erhöhen, einen festen Rückhalt des politischen Kampfes des ganzen Volkes für den Frieden, die Unabhängigkeit, die Demokratie, die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung, die nationale Eintracht und das Voranschreiten zur Friedlichen Wiedervereinigung des Vaterlandes zu bilden.

4.) ernstlich die Politik der FNL und der PRR der RSV zu beachten und genau die militärische Disziplin und die Regeln des Verhaltens gegenüber der Bevölkerung zu beachten.

5.) aktiv zum Aufbau der befreiten Gebiete beizutragen, damit sie in jeder Hinsicht gesichert sind. Sich anzustrengen, Arbeit unter den Massen zu machen und die revolutionären Kräfte zu entwickeln. Sich eng mit dem Volk zusammenzuschließen und ihm von ganzem Herzen bei der Stabilisierung seines Lebens und dem Aufschwung der Produktion zu helfen.

6.) Die gemischten militärischen Vierer- und Zweierkomissionen,

DER KAMPF DER VOLKSMASSEN IN DEN VOM FEIND BESETZTEN GEBIETEN

Das Volk, allen voran die Arbeiterklasse, hat seinen Widerstand in den Machtzentren der Imperialisten und der einheimischen Reaktion im Laufe des letzten Jahres weiter verstärkt. Im März vorigen Jahres legten 5000 Hafenarbeiter in Saigon ihre Arbeit nieder, wodurch der Saigoner Hafen lahmgelegt wurde. Arbeiter in Saigon, Da Nang und anderen Gebieten haben zusammen mit anderen Schichten des Volkes andauernd gegen die "neun dringlichen Maßnahmen" und die "Ordnung zur Gewährleistung der Sicherheit im Hinterland" gekämpft, welche im Mai und am 15. Juli von der Clique um Thieu bekanntgegeben wurden. Arbeiter in vielen kleinen und mittelgroßen Betrieben erhoben sich auch zum Widerstand gegen die Steuererhöhungen der Thieu- Clique und forderten die Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit. In den Wohnvierteln der Werktätigen in der Region Saigon, Giai Dinh, wurden im Juni durchschnittlich jeden Tag 15 bis 20 Protestaktionen zur Erlangung der Lebensrechte durchgeführt.

Die Kämpfe gegen die Zwangsrekrutierung hören nicht auf. Über 200 Studenten der Saigoner Universität Van hielten eine außerordentliche Sitzung ab, um scharf dagegen zu protestieren, daß die Thieu- Clique Studenten zwang, in die Armee einzutreten. Um den Aktionen des Feindes entgegenzutreten, haben in vielen Gebieten die jungen Leute Selbstverteidigungsgruppen und Frauen-Wachgruppen organisiert. Die Massen legten Militärfahrzeugen mit zwangsweise rektutierten Jugendlichen Hindernisse in den Weg und befreiten die jungen Männer.

In der Stadt Soc Trang protestierten 7000 Menschen in einer großen Demonstration gegen die Einziehung von 400 Mönchen. Durch eine gewaltsame Aktion der Demonstranten und der Mönche wurden die 400 Zwangsrekrutierten wieder befreit.

Seit der Unterzeichnung des Abkommens hat sich der Kampf der Volksmassen um nationale Unabhängigkeit und Demokratie trotz der ausgangssperre ständig verstärkt. In Tr Vinh, Vy Than, Vinh Long Long An und zahlreichen anderen Orten kam es zu Massendemonstrationen, an denen jeweils bis zu 40.000 Menschen teilnahmen. Allein im Gebiet von West- Nambo beteiligten sich an diesen Kundgebungen an die 100.000 Menschen. Die Armee und die Polizei versuchten diese Demonstrationen mit Gewalt zu zerschlagen.

die beauftragt sind, eine koordinierte Handlungsweise aller Parteien für eine gute Anwendung der Bestimmungen des Abkommens zu sichern, zu verteidigen und ihnen zu helfen; die internationale Kontrollkomission, die beauftragt ist, die Anwendung der Bestimmungen des Abkommens zu kontrollieren und zu überwachen, zu verteidigen und ihr zu helfen.

Der Befehl schließt mit den Worten: "Alle Kader und Kämpfer müssen die revolutionäre Natur und die ruhmreiche Tradition der Volksbefreiungsstreitkräfte zur Geltung bringen, indem sie unveränderlich eine 'äußerst treue, bewundernswert heldenhafte und ruhmvoll siegreiche' Armee bleiben, um das revolutionäre Werk unseres Volkes bis zum endgültigen Sieg zu führen."

Das vietnamesische Volk will den Frieden, darum wird es mit aller Entschlossenheit für die Erfüllung des Abkommens kämpfen und die national- demokratische Revolution vollenden.

DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT VERSTÄRKEN!

Auch in der neuen Periode seines Kampfes braucht das vietnamesische Volk die Unterstützung aller fortschrittlichen Menschen auf der ganzen Welt. Wir müssen allen Versuchen der US- Imperialisten, versteckt oder offen seine Agression fortzuführen, entgegentreten. Wir müssen vor der Öffentlichkeit die Sabotage des Abkommens durch die US- Imperialisten und ihre

Saigoner Marionetten aufzeigen und die Gerechtigkeit des Kampfes des Volkes von Vietnam für die Erlangung von Unabhängigkeit und Demokratie propagieren. Wir müssen dem Appell des ZK der FNL und der PRR derRSV Folge leisten, in dem es heißt: "Wir hoffen ernsthaft, daß die wertvolle internationale Solidarität und Unterstützung im Kampf für die Konsolidierung des Friedens und der Verwirklichung der nationalen Grundrechte des vietnamesischen Volkes und des Selbstbestimmungsrechts der südvietnamesischen Bevölkerung fortgesetzt und verstärkt wird."



Nguyen thi Dinh, Stellvertretende Oberbefehlshaberin der Befreiungs-Streitkräfte Südvietnams, plaudert mit ihren Kämpfern, während sie deren Kleidung ausbessert.

REKTORATSBESETZUNG UND SENATSBELAGE-RUNG IN INNSBRUCK

WEG MIT DER EINSCHRÄN KUNG DEMOKRATISCHER RECHTE

Nach zwei eher liberalen Rektoren änderte die Universitäts bürokratie in Innsbruck ihre Taktik gegenüber fortschrittlichen Gruppen und erliess unter dem frisch ernannten, offen reaktionären Rektor Bratschitsch eine repressive Hörsaalordnung, die folgende wesentliche Veränderungen brachte:
Bekanntgabe des Themas und des Inhalts (bisher nicht üblich), Recht des Rektors, Veranstaltungen ohne Angabe von Gründen kurzfristig zu verbieten ; Verlängerung der Anmeldefrist von einem Tag auf eine Woche, mit der Auflage, Thema undInhalt innerhalb dieser Woche nicht zu verändern, ansonsten die Veranstaltung vom Rektor ebenfalls verboten werden kann; Beschränkung der Veranstaltungsdauer auf 22 Uhr (früher gab es überhaupt keine Beschränkung) ; Festsetzung einer Kaution für Benützung von Hörsälen in beliebiger (genehmer) Höhe und Erhöhung der Benützungsgebühr um 100%.
Der Sinn dieser Maßnahmen, nämlich die politische Unterdrückung fortschrittlicher Studenten, wurde im Laufe der Kampagne immer offensichtlicher. Darüberhinaus schränkte der Rektor die politischen Freiheiten der Studenten auch noch dadurch ein, daß er eine vom VSStÖ in der Aula aufgestellte Wandtafel entfernen liess. Schon zu Beginn seiner Amtszeit versuchte er vergeblich, den Büchertisch der KGI (Kommunistische Gruppe Innsbruck) zu verbieten, bald darauf wurde deren Wandtafel geklaut.
Auf diese Maßnahmen reagierte die KGI mit Wandzeitungen, Flugblättern und einer Unterschriftenaktion, in denen konkret gefordert wurde:

1. Rücknahme der repressiven Hörsaalordnung
2. Herausgabe der vom Rektor gestohlenen Wandtafel

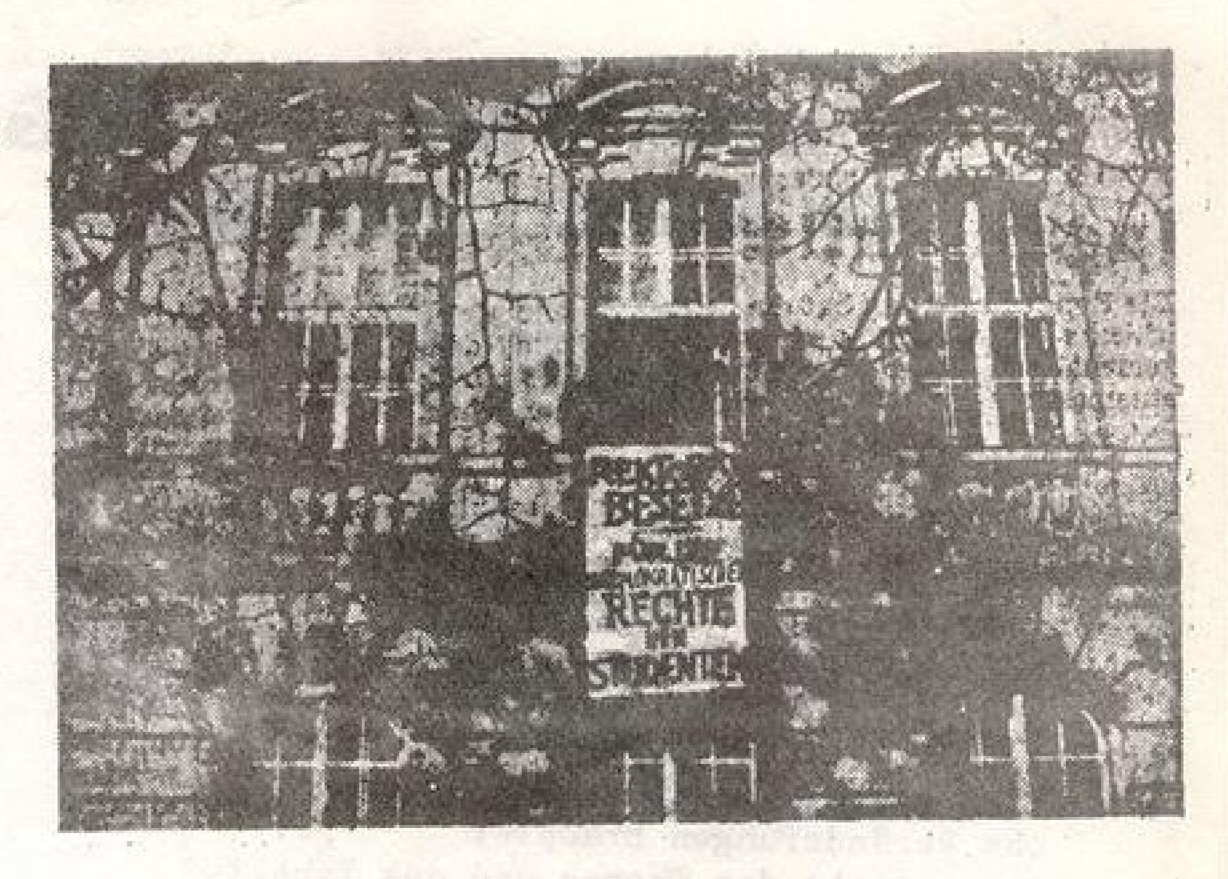
Innerhalb weniger Tage unterstützten 400 Studenten mit ihrer Unterschrift diese Forderungen, sämtliche auf der Universität vertretenen Studentengruppen ung Organisationen - natürlich außer RFS und Burschenschaften - schlossen sich an.

Am Montag, den 12.2. trug eine Delegation von 8 Vertretern der diversen Organisationen diese Forderungen beim Rektor vor undverlangte die Zulassung dieser Delegation zur Senatssitzung am Donnerstag sowie die Aufnahme dieses Punktes in die Tagesordnung. Bratschitsch speiste die Delegation am Gang ab und lehnte sämtliche Forderungen ab.
Um diesen Forderungen noch vor der Senatssitzung mehr Nachdruck zu verleihen, besetzten 40 kommunistische und fortschrittliche Studenten das Rektorat, in dem (siehe da!) gerade die ÖH mit Rektor Bratschitsch über eben diese Sache beriet. Nach 2 1/2 Studen, während deren Sprechchöre gerufen wurden, sicherten Bratschitsch und die inzwischen eilig herbeigerufenen Dekane zu, als ersten Tagesordnungspunkt im Senat die Zulassung der Delegation zu behandeln. Bratschitsch rückte dann auch die gestohlene Wandtafel heraus.
Tags darauf belagerten rund 150 Studenten über 5 Stunden lang den hinter verschlossenen Türen tagenden- von 30 RFSlern und Burschenschaftlern bewachten - Senat und forderten zunächst 2 Stunden lang in Sprechchören die Zulassung der Delgation. Erst auf ein Ultimatum hin erklärte sich der Senat bereit, 2(!) statt der geforderten 8 Delegationsmitglieder hineinzulassen. Dieser Spaltungsversuch wurde von alle n Studenten spontan abgelehnt.
Inzwischen hatte der Senat Polizei vor das Universitätsgebäude gerufen und rang sich nach weiteren 2 Stunden zu folgenden Beschlüssen durch:
Einerseits die Zusage, ein Gesuch um gänzliche Befreiung von den Benützungsgebühren und der Kaution für Hörsäle an das Ministerium zu senden, andererseits aber Verschärfung der politischen Unterdrückung durch

1. Beschränkung der politischen Informationsfreiheit in der Aula der Uni (Wandtafeln) auf die Zeit vor den Hochschulwahlen und
2. Verbot des Büchertisches der KGI.

Sowohl Wandtafeln, wie der Büchertisch waren unter dem vorherigen Rektor schon vor einem Jahr der KGI zugestanden worden.
Der politische Teil der Hörsaalordnung

(Themenbekanntgabe, Anmeldefrist) aber wurde in den Beschlüssen überhaupt nicht erwähnt.
Obwohl sich mit diesen reaktionären Beschlüssen des Senates die politische Unterdrückung auf der Uni Innsbruck bedeutend verschärft hat, war der bisherige Verlauf des Kampfes gegen die Einschränkung der demokratischen Rechte der Studenten insofern ein Erfolg, als im Zuge der Kampagne die Funktion sämtlicher Beteiligter völlig offenbar wurde und breite Teile der Studenten mobilisiert werden konnten.



DIE ROLLE DER ÖH

Die abwiegelnde und kanalisierende Funktion der ÖH im Kampf der demokratischen Studenten gegen Unibürokratie und bürgerlichen Staat wurde im Laufe der Kampagne immer deutlicher. Sie war schon dabei, als der Senat die reaktionäre Hörsaalordnung beschloß, ohne auch nur im leisesten darüber zu informieren, geschweige denn dagegen zu protestieren.
In die Kampagne der KGI durch die Unterschriftenaktion hineingezogen, zog sie es immer noch vor, mit dem Rektor alleine hinter verschlossenen Türen zu verhandeln. Von den Studenten dabei erwischt und zur Öffentlichkeit gezwungen, versuchten der Rektor und der Senat bei der Senatsbelagerung die bis dahin in der Kampagne recht bedeutungslose ÖH dadurch aufzuwerten und ihre Kanalisierungsfunktion auszunützen, daß sie statt der geforderten 8-er Delegation nur eine 2-er Delegation zulassen wollten, in der neben dem Vertreter der KGI ausgerechnet ein Vertreter der ÖH dabei sein sollte.
Die ÖH versuchte den politischen Gehalt der Forderungen der KGI dadurch zu reduzieren und zu kanalisieren, daß sie lediglich die mangelnde Kooperationsbereitschaft des Rektors kritisierte und schließlich deswegen seinen Rücktritt forderte.
Die Übereinstimmung zwischen ÖH und Ministerium zeigt sich in den Ferien (!) in den getroffenen und bisher nur von der Tagespresse bestätigten Vereinbarungen, nach denen

1.) die politisch ungeschickte Hörsaalordnung des Innsbrucker Senats aufgehoben werden soll
2.) Das Wandtafelverbot fallen soll, (schließlich betrifft das ja auch den VSStÖ!) und
3.) aber das Verbot des Büchertisches, das ja nur
das nur die kommunistische Gruppe Innsbruck trifft, bleiben soll.

Dieser Rückzug der Universiätsbürokratie zeigt also genau die tatsächlich entscheidenden Position, zeigt, wem die politische Unterdrückung in Wirklichkeit gilt: den Kommunisten.

GEGEN JEDE EINSCHRÄNKUNG DER POLITISCHEN FREIHEITEN AUF DER UNIVERSITÄT !

FÜR DIE RÜCKNAHME ALLER REPRESSIVEN MASSNAHMEN !

DER KAMPF GEHT WEITER BIS ZUM VOLLEN ERFOLG !

STREIK DER MITTELSCHULLEHRER

Seit einiger Zeit gibt es unter den Lehrern der Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS)beträchtliche Unruhe,deren bisheriges Resultat ein eintägiger Warnstreik war,der große Beachtung fand.Anlaß des Streiks war die Ablehnung der Lehrerforderungen durch die Regierung Diese Forderungen umfssen als Schwerpunkt die finanzielle Besserstellung der Lehrer der unteren und mittleren Gehaltsstufen.Bis jetzt ist der Ausgang des Konflikts noch nicht gewiß:Einerseits steht die Drohung von unbefristeten Kampfmaßnahmen seitens der AHS-Lehrer. Anderseits verhandelt die ÖAAB-kontrollierte Gewerkschaftssektion der AHS-Lehrer mit der Bundesregierung;dabei zeichnet sich nach letzten Meldungen ein jämmerlicher Rückzug der Gewerkschaft ab.

Entscheidend für dem Konflikt der AHS-Lehrer ist,daß die Forderungen von der Bundesregierung als oberstem Dienstgeber der Lehrer sofort in den Zusammenhang mit dem Stillhalteabkommen gestellt wurden.Die entschiedene Ablehnung der Forderungen wurde damit begründet,daß "diese Forderungen den Stabilisierungsbemühungen der Regierung in den Rücken fallen" und daß eine Erfüllung solcher Forderungen die "Stabilitätspolitik der Bundesregierung gefährden würde".

DIE URSACHEN DES KONFLIKTS

Dafür,daß dieser Konflikt jetzt ausbrechen konnte,waren mehrere Bedingungen erforderlich,die zusammentreffen mußten.
Die Lehrer erfahren seit einiger Zeit einen zunehmenden Druck auf ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen. Die Kapitalisten sind fortwährend, und insbesondere in Perioden sich verschlechternder Verwertungsbedingungen bestrebt,nicht nur möglichst viel Mehrwert aus den Arbeitern herauszupressen,sondern auch möglichst wenig davon in Form von Gehältern usw. an andere Schichten der Bevölkerung weiterzugeben. An solche Schichten,deren Tätigkeiten zwar für das Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft unbedingt erforderlich sind,die den Kapitalisten aber keinen zusätzlichen Profit bringen, sondern diesen vielmehr verringern.Zu solch "unproduktiven" Ausgaben gehört auch die Bezahlung der Lehrer.Insofern nimmt der kapitalistische Staat das Gesamtinteresse der Kapitalisten an einer möglichst hohen Profitrate wahr, wenn er die Budgetmittel für Beamte, Lehrer etc. knapp hält.

Dabei darf aber nicht übersehen werden,daß ein Teil der Lehrer der AHS auch finanziell privilegiert sind,daß sie weit mehr ausbezahlt bekommen,als der Wert ihrer Arbeitskraft ausmacht.Dies trifft, wie anderswo in der Beamtenschaft, v.a. auf die älteren Lehrer zu,deren Gehälter ab einem gewissen Dienstalter sprunghaft ansteigen. Durch solche Anreize,durch solche Garantien auf eine "standesgemäße" Lebensführung sollen die AHS-Lehrer dem "bürgerlichen Lager" und einem langjährigen,treuen und staatsbewußten Dienst im Interesse des Kapitals verpflichtet werden.

Die knappe Hand des Staats und die hohe Inflationswelle haben v.a. jene jüngeren Lehrer getroffen,die schon bisher einen,im Verhältnis zu ihrer langen Ausbildungszeit, niederen Gehalt erhielten.Gerade bei diesen unteren Gehaltsschichten führte die monopolkapitalistische Wirtschaftspolitik,die in letzter Zeit enorme Preissteigerungen zur Folge hatte,zu einer fühlbaren Verschlechterung der Lebensbedingungen.

Damit einher geht eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen,wie es sich an den von Jahr zu Jahr überfüllteren Klassenzimmern und den unzureichenden Lehrmitteln,die den steigenden Anforderungen des Lehrstoffes nicht mehr genügen,zeigt.

Bestimmend für die Unruhe unter den Mittelschullehrern sind auch alle jene Momente der Entprivilegierung, die in den letzten paar Jahren ver-

stärkt hervortraten bzw. sich ankündigten.Diese Entprivilegierung als historische Tendenz hat besonders seit der Regierungsübernahme durch die Sozialdemokratie verstärkt eingesetzt.Sichtbar wird dies in den verschiedensten Formen,die von den AHS-Lehrern nicht mehr ignoriert werden können
-in der verstärkten Aufnahme von Schülern aus Angestellten- und Arbeiterfamilien,was im Bewußtsein der Lehrer den Mittelschulen den Charakter von Eliteschulen nimmt. So hat sich die Schülerzahl der AHS in den letzten zehn Jahren auf 150.000 verdoppelt
-in dem Fallen der Aufnahmeprüfungen des Schulgeldes und in der Einführung der Gratis-Schulbuchaktion . (Dies ist für die Bundesländer unterschiedlich,doch gilt dies auf jeden Fall für Wien).Während diese Schulbuchaktion für die Pflichtschulen im wesentlichen nur eine Formveränderung darstellte,wie die Schulbücher verteilt wurden,so war dies für die AHS eine völlig neue Sache.Zusammen mit dem Wegfall des Schulgeldes bedeutet dies die Aufhebung eines formalen Unterschieds zu den Pflichschulen.
-in der massenhaften Anstellung von "ungeprüften" Vertrags- und Sondervertragslehrern.Ungefähr 20% aller AHS-Lehrer haben keine Lehramtsprüfung,und deren Zahl wird in der nächsten Zeit noch ansteigen.Für die Lehrer zeigt dies deutlich,daß plötzlich eine geringere Qualifikation auch ausreicht,daß dieser "Akademikerstand" tendenziell nicht mehr benötigt wird.
-in den verschiedensten Formen der Schulversuche,hinter denen für die AHS-Lehrer versteckt das Schreckgespenst der Gesamtschule,die völlige Liquidierung ihrer besonderen Stellung,lauert.

Als weitere und sehr entscheidende Ursache der gegebenen Auseinandersetzung ist die aktuelle politische Situation in Österreich anzusehen.In ihrer Budget-und Wirtschaftpolitik überhaupt verfolgt die SPÖ einen den Interessen des Monopolkapitals entsprechenden Kurs.Der Kern des Stabilisierungsabkommens ist der Angriff auf die Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse zugunsten höherer Profite.

Die ÖVP nützt diese Situation demagogisch aus,um auf der politischen Bühne gegenüber der SPÖ wieder Oberwasser zu bekommen.Das Stabilisierungsabkommen als solches das hauptsächlich Klassenkampf von oben gegen die Arbeiter darstellt,kann und will sie nicht angreifen ,wenngleich sie auch die Arbeiter mit ihrer Demagogie einzufangen versucht.Bei jenen Schichten der NMK aber,die traditionell zum "bürgerlichen Lager" zählen und ihre Interessen von ÖVP und FPÖ vertreten glauben, setzt sie sich an die Spitze der spontan aufkommenden Bewegungen um sie für ihre politischen Zwecke auszunützen und sie unter Kontrolle zu halten.

So geschah es bei den AHS-Lehrern, wo das politische Kräfteverhältnis in den Vertretungsorganen der ÖVP die Initiative sichert:die ÖVP kontrolliert die Standesvertretung, der automatisch alle AHS-Lehrer angehören;sie besitzt die erdrückende Mehrheit in der Gewerkschaft, der 30% der AHS-Lehrer angehören.

Zusammenfassend muß man sagen, daß einer der drei Faktoren alleine nicht ausgereicht hätte diesen Konflikt auszulösen.Ohne die wirkliche Unzufriedenheit der AHS-Lehrer aus ihrer historisch bedingten Lage der Entprivilegierung und der Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen hätten die konservativen Kräfte der ÖVP und FPÖ keinen Ansatzpunkt für ihre Aktivitäten gefunden;während sich die wirkliche Unzufriedenheit der Lehrer ohne den Interessenwider - spruch innerhalb der Bourgeoisie jetzt keine organisierte Form gefunden hätte.

ANDERE SITUATION BEI DEN PFLICHTSCHULLEHRERN

Ausschlaggebend dafür,daß dieser Konflikt nur bei den AHS-Lehrern ausbrach,nicht aber bei den Pflichtschullehrern,sind folgende Faktoren:
a.)Die Spaltung innerhalb der Lehrerschaft.Die Mittelschullehrer als "Akademiker" haben sich immer von den "nichtstudierten Hungerleidern",den Pflichtschullehrern abgegrenzt.Diese Spaltung erstreckt

schaft der öffentlichen Bediensteten gibt es getrennte Sektionen für die Pflichtschul-und AHS-Lehrer.Auch hier verfügt die SPÖ bei den Pflichtschullehrern über eine solide Mehrheit.

b)Während man bei den Mittelschullehrern von einer sichtbaren oder drohenden Entprivilegierung,von einer Abwertung ihrer gesellschaftlichen Stellung sprechen kann,gibt es bei den Pflichschullehrern,eine gegenläufige Entwicklung.An der Einführung der Pädagogischen Akademie,wo ihre Ausbildung einen "beinahe-Studiumsckarakter" angenommen hat,wird dies deutlich sichtbar.Damit verbunden war auch finanzielle Besserstellung der Pflichschullehrer.Allgemein gilt,daß sich die Pflichtschullehrer von der anlaufenden Schulreform eine Annäherung an die Mittelschullehrer und eine relative Besserstellung erwarten.

DER FORDERUNGSKATALOG

Welche Forderungen wurden von den AHS-Lehrern erhoben?An allen Allgemeinbildenden Höheren Schulen wurden am 6.2.1973 Dienststellenversammlungen abgehalten, bei denen faktisch überall einstimmig die folgenden Forderungen erhoben wurden:
- Erhöhung der unteren und mittleren Lehrergehälter (ca.3.800.- - 7.000.- netto). Die Höhe der Forderung wurde nirgends explizit artikuliert, doch sollte sie um 15% liegen.
- Die Erhöhung der Bildungszulage vom 100.- monatlich (seit 1954 unverändert) analog der Verwaltungszulage der Beamten auf ca. 5.00.- monatlich für alle AHS-Lehrer.
- Einführung einer zweiten bezahlten Ordinariatsstunde für Klassenvorstände.
- Erhöhung der Zulagen der administrativem Hilfskraft des Direktors.

Am 8.2. und am 9.2. erfolgte eine von der Gewerkschaftssektion organisierte Urabstimmung über die anzuwendenden Kampfmaßnahmen zur Durchführung dieser Forderungen. Von dem ungefähr 9.000 AHS-Lehrern beteiligten sich 5.000 an dieser Abstimmung. Auf die Frage 1 über die Abhaltung eines eintägigen Warnstreiks (abgehalten am 15.2.) antworteten 97,8% mit ja.
Auf die Frage zwei über die Durchführung unbefristeter Kampfmaßnahmen - auch mit dem Risiko finanzieller Einbußen - antworteten 86% mit ja. Unklar blieb allerdings die Frage, welche Kampfmaßnahmen das eigentlich sein sollten, wobei am ehesten ein längerer Streik als "letztes Mittel" diskutiert wurde.
Der Schwerpunkt des Forderungskatalogs lag bei der Anhebung der unteren und mittleren Gehälter. Dabei handelt es sich bei den meisten der Betroffenen nicht um einen Ausbau von finanziellen Privilegien, sondern um die Abgeltung der hohem Teuerung, um eine Aufbesserung der niedrigen Anfangsgehälter, um die Entlohnung von administrativen Mehrleistungen.
Es fehlte nicht an Versuchen von Seiten der konservativen Kräfte, an diese Forderungen noch weitere reaktionäre, standesbornierte Forderungen anzuhängen (Gegen die Gesamtschule - für Eliteausbildung). Alle dahingehenden Versuche wurden meist mit dem Hinweis, daß dies nur die Gefahr einer "Ablenkung von den wichtigen Sachen" bedeuten würde und deshalb nicht günstig sei von der Mehrzahl der Lehrer abgelehnt. Die Österreichische Professorenunion - die ÖVP-Lehrerorganisation - mußte sich schließlich auf die rein ökonomischen Forderungen beschränken, obwohl sie (und in noch radikalerer Weise der freiheitliche Verband der Professoren Österreichs) ständig versuchten, in Anknüpfung an die von ihnen bekämpfte Entprivilegierung solche standesbornierten Forderungen in die Lehrerschaft hineinzutragen.
Die SPÖ-Lehrerschaft, unter den Mittelschullehrern ziemlich schwach vertreten, steckt hier in einem ziemlichen Dilemma. Einerseits kann sie sich nicht gegen die Bewegung in den Schulen stellen, will sie nicht ihre Position noch mehr schwächen, andererseits kann sie nicht gegen die Stabilisierungspolitik der SPÖ-Regierung auftreten. Also steckte sie den Kopf in den Sand und rührte sich,

von einigen Ausnahmen abgesehen, möglichst wenig.

STANDESBEWUßTSEIN UND KAPITALISTISCHE REALITÄT

Wenn diesmal auch der Schwerpunkt der Lehrerforderungen bei der Aufbesserung der Anfangsgehälter und bei der Abgeltung der hohen Teuerungsrate lag und über diese finanziellen Forderungen hinausgehende, auf die Erhaltung und den Ausbau bestehender Privilegien gerichtete Forderungen von den AHS-Lehern nicht vertreten wurden, darf man sich trotzdem keine Illusionen über das politische Bewusstsein der überwiegenden Mehrheit der AHS-Lehrer und somit über den Charakter der Bewegung unter ihnen machen. In vielen Fällen wurde die Wahl des "Streiks" als Kampfmittel (wenn er nicht überhaupt als "standesunwürdiges Mittel" abgelehnt wurde) mit dem Hinweis auf den ersten Streik gerechtfertigt. Keinesfalls wollte man sich damit auf eine Ebene mit den Kämpfen der Arbeiterklasse stellen. Im Gegenteil, es wurde streng vermieden, eine Verbindung zwischen der Lage und den Kämpfen der Arbeiterklasse und denen der Lehrerschaft anzuerkennen. So reagierten die Lehrervertreter äußerst pikiert auf die Nachricht, daß sich die Linzer Eisenbahner bei ihren Lohnforderungen auf die Forderungen der Lehrer bezogen hätten.
Ohne Zweifel besteht hier aber ein Zusammenhang, der nicht übersehen werden darf.
Die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lehrer ist nämlich nur ein Moment des sich verschärfenden Angriffs des Monopolkapitals auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und des gesamten Volkes, der gegenwärtig im Stillhalteabkommen seinen schärfsten Ausdruck findet. Kreisky weist die Lehrerforderungen gerade mit dem Argument zurück, dass dadurch die gesamte Stillhaltepolitik gefährdet sei, nicht zuletzt weil dann ja auch die Arbeiter kommen könnten. Der objektive Charakter, die tieferen gesellschaftlichen Ursachen ihrer Situation und ihres Konflikts mit "dem Staat" - dies entzieht sich der Einsicht der Lehrer; die überwiegende Mehrheit ist noch immer in standesborniertem Denken befangen: sie glauben als gesellschaftlich angesehener Stand es sich leisten und rechtfertigen zu können, jetzt radikal ihre Sonderforderungen anzumelden. Das Recht auf Erfüllung dieser Forderungen leitet sich ihrer Meinung nach aus ihrem Dasein als besonderer Stand ab, was für andere Schichten, insbesondere die Arbeiterklasse nicht zutreffe.
Die Bewegung unter den Lehrern gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen zeigt aber, daß immer größere Teile des Volkes unter den Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaft zu leiden haben und bereit sind, Kampfmaßnahmen dagegen zu ergreifen. Solange solche Schichten des Volkes, die gegenüber der Arbeiterklasse privilegiert sind, die Verschlechterung ihrer Lebenslage aber nicht als die Konsequenz des Kapitalismus begreifen, und solange es der Arbeiterklasse nicht gelingt, in den Kampf dieser Schichten einzugreifen und sie in den Kampf gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus einzubeziehen, wird jede Bewegung unter solchen Schichten letzten Endes ohne Perspektive und reaktionär bleiben, weil sie von ihnen selbst nur als Kampf um Sonderinteressen begriffen werden kann.

ISRAEL - GRAUSAME VERBRECHEN AM PALÄSTINENSISCHEN VOLK UND DEN ANDEREN ARABISCHEN VÖLKERN

In den letzten Februartagen erschütterten brutale Verbrechen der israelischen Zionisten die ganze Welt: Ein libysches Verkehrsflugzeug, das die Orientierung verlor und in den Luftraum über die von den Israelis besetzt gehaltene Sinai-Halbinsel geriet, wurde am 21.2. von israelischen Abfangjägern abgeschossen, wobei 106 Menschen um Leben kamen. Die Tonbandaufnahmen mit den letzten Funkkontakten zwischen dem Piloten und der Kairoer Flugsicherung bewiesen, daß der Pilot nicht gewußt hatte, daß er sich über dem besetzten Gebiet befand, sondern annahm, sich nördlich von Kairo zu befinden und die israelischen Jagdbomber für sowj. MIG 21 hielt. Das beweist, daß die Maschine von den israelischen Piloten nicht vorgewarnt wurde. Die Zionisten, die zunächst nur von einem "Unglück" sprachen, mußten auch schnell zugeben, daß das Glugzeug tatsächlich abgeschossen wurde, natürlich "ohne Absicht" und quasi erzwungen durch das "sture Verhalten" des Piloten. Der israelische Luftwaffenchef Hod erklärte, der Abschußbefehl sei "von den zuständigen Stellen des Staates Israel" erteilt worden. Begründet wurde dieser Befehl zum Massenmord zynisch damit, daß es sich um ein Spionage- oder um ein "Kamikaze"flugzeug von Terroristen hätte handeln können. Gleichzeitig brachen die Zionisten in ein großes Trauergewinsel aus, um sich als unglückliche Pechvögel und ihren brutalen Gewaltakt als "Tragödie", "Verkettung tragischer Mißgeschicke" usw. hinzustellen. Im Hinblick auf das Treffen Golda Meirs und Nixons Anfang März, bei dem es darum geht, "Waffenlieferungen auf lange Sicht in die Wege zu leiten, umso mehr, als die amerikanische Rüstungsproduktion nach Beendigung des Vietnamkrieges eine radikale Umstellung erfahren wird" (Frankfurter Rundschau 30.1.), erklärte der israelische Außenminister Abba Ebban, es würde "nicht sehr höflich sein, wenn die amerik. Regierung glaubt, daß eine einzelne Tragödie das Streben nach Frieden beeinträchtigen kann, weil erst der Frieden Tragödien verhindert". Das "Streben nach Frieden" mit den arabischen Nachbarländern ist in Wirklichkeit Israels Wunsch, mit dem US-Imperialismus im Rücken ungehindert zur stärksten kapitalistischen Macht im Nahen Osten zu werden, seine brutale Expansionspolitik gegen das pal. und die anderen arabischen Völker weiter zu verfolgen, die besetzten Gebiete mit ihren Rohstoffen und den billigen arab. Arbeitskräften zu behalten und trotzdem zu einer "friedlichen" Lösung mit den arab. Nachbarstaaten zu gelangen, d.h. mit seinem Kapital und seinen Waren in einen offenen arab. Markt einzudringen und ihn seinen Bedingungen zu unterwerfen. Das Streben nach einem solchen Frieden kann freilich nur verbunden sein mit der ständigen Unterdrückung des palästinensischen Volkes und der Negierung seiner nationalen und politischen Rechte, der Annexion und Ausweitung der besetzten Gebiete und der Ausrottung jeglichen Widerstandes von Seiten der unterdrückten oder vertriebenen Palästinenser. Dabei geht es den Zionisten längst nicht mehr darum, "Vergeltungsschläge" zu führen unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terror, den es "auszumerzen" gelte (Abba Ebban), haben sich in den letzten Wochen und Monaten der Terror und die Gewalt, denen das pal. Volk ausgesetzt sind in unvorstellbarem Ausmaß eskaliert. Dabei wird offen ausgesprochen, daß es sich um einen Vernichtungsfeldzug gegen das pal. Volk und die Widerstands-

bewegung handelt. General Elazar, der israel. Generalstabchef, erklärte am 3.11.1972:"Unser Kampf gegen die Terroristen ist ein dauernder Angriffskrieg, mit dem Ziel, sie zu vernichten". Gemeint ist die Vernichtung der pal. Befreiungsbewegung, die Vernichtung des politischen Selbstbestätigungswillens des pal. Volkes.
So drangen nur wenige Stunden vor dem Abschuß der libyschen Passagiermaschine, dieser "einzelnen Tragödie", israel. Aggressionstruppen über Meer, Land und Luft 180 km tief in den Libanon ein und überfielen in der Nähe von Tripoli die beiden Flüchtlingslager el Bared und Bedaoui. In diesen beiden Lagern leben 18 ooo pal. Flüchtlinge. In einer Blitzaktion wurden 95 - 125 Pal. getötet und mindestens 3oo verwundet. (Die Zahlen stammen aus "Le Monde" vom 22.2.; Der "Kurier" begnügte sich am 21.2. mit 29 Toten). Einige Gebäudekomplexe wurden gesprengt, die von den Aggressoren als Quartiere der El Fatah bezeichnet wurden. Ein liban. Regierungssprecher erklärte, bei der Blitzaktion der Israelis seien die meisten Toten Frauen und Kinder gewesen, ein Schulgebäude sei in die Luft gesprengt worden. Der liban. UN-Botschafter Gherra erklärte in einem Protests hreiben an den Weltsicherhheitsrat, die israel. Gebiete seien "unprovoziert", "ungerechtfertigt" und gegen zivile Gebiete gerichtet" gewesen. "Sie zielten auf schutzlose Lager für pal. Flüchtlinge. Unschuldige Menschen fielen diesen Operationen, die kaltblütig befohlen, vorbereitet und ausgeführt wurden, zum OPFER!"(Süddt. Zeitung 23.2.73)

DIE LETZTEN ANGRIFFE ISRAELS GEGEN DEN LIBANON UND SYRIEN

Diese Angriffe stellen jedoch nur den vorläufig letzten Akt einer Reihe von barbarischen Aggressionen der Zionisten gegen benachbarte arabische Gebiete in den letzten Monaten dar:

Im Jahre 1972 unternahmen israel. Truppen insgesamt sieben Angriffe gegen Stützpunkte der pal. Guerillaorganisationen im Südlibanon.
Mitte Jan. 72 überfielen israel. Infanterieeinheiten mehrere Dörfer im Südlibanon, sprengten Häuser und beschossen die Zivilbevölkerung. Gleichzeitig flog die israel. Luftwaffe schwere Angriffe auf mehrere Dörfer und Flüchtlingslager.
Mitte März 72 griff die israel. Luftwaffe Syrien an.
Mitte Juni 72 griffen israel. Truppen den liban. Südosten an und nahmen dabei einige hohe syrische und libanesische Offiziere gefangen. Gleichzeitig wurde das Gebiet stundenlang bombardiert und mehrere Dörfer zerstört.
Am 8. September 1972 verwüstete die israel. Luftwaffe pal. Flüchtlingslager, arab. Dörfer, Städte im Südlibanon, sprengten Häuser, setzten Giftgas ein und vertrieben die Bevölkerung aus den Dörfern. Korrespondenten verschiedener Zeitungen sprachen on einer unbeschreiblichen Brutalität des Einsatzes der Aggressoren. Der Weltöffentlichkeit wurden diese Verbrechen als "Rache für München" präsentiert. Die letzten Vorbereitungen zur "Vergeltung für den Tod der Geiseln" wurde vom israel. "Krisenstab" jedoch bereits getroffen, während die israel. Geiseln in München noch lebten. Deren Schicksal war der israel. Regierung allerdings egal gewesen: der Austausch der Geiseln gegen 200 arab. Gefangene wurde kategorisch abgelehnt.
Am 8. Jänner 1973 kam es zu schweren Luftangriffen der Zionisten in Syrien, nachdem es in den letzten Wochen wiederholt zu militär. Auseinandersetzungen zwischen israel. und syr. Armee gekommen war. In 2 Wellen wurden syr. Militärabteilungen und 2 pal. Guerilla-Lager bombardiert. Daraufhin kam es am Nachmittag zu schweren Panzer-, Artillerie- und Luftgefechten mit der syr. Armee.
Der liban. Staatspräsident



Prandschich erklärte im liban. Kabinett am 10.1.73, Israel habe in diesen jüngsten Kämpfen mit Syrien die elementarsten Menschenrechte verletzt und keinen Unterschied zwischen militär. und zivilen Zielen gemacht. Ein syr. Regierungssprecher verlautete, israel. Fougzeuge hätten den Ort Dail nahe der Grenze zu Jordanien völlig zerstört. Alle 500 Einwohner wurden getötet. In Nawa wurde eine Volksschule getroffen, wobei zahlreiche Schüler ums Leben kamen.(Frankfurter Rundschau 11.1.73)

wurde eine Volksschule getroffen, wobei zahlreiche Schüler ums Leben kamen.(Frankfurter Rundschau 11.1.1973)

20. - 21.2.73: Angriff auf die liban. Flüchtlingslager Nahr el Bared und Bedsoul.

BRUTALE UNTERDRÜCKUNG IN DEN BESETZTEN GEBIETEN

Die Unterdrückung der arab. und pal. Bevölkerung in den von Israel nach dem Junikrieg 1967 besetzt gehaltenen Gebieten hält weiter an und muß, trotz aller Versuche des israel. Militärregimes, diese Gebiete in Zusammenarbeit mit den arab. Notablen zu "befrieden", in dem Maße zunehmen, wie der Wille des pal. Volkes zum Widerstand wächst. Die über eine Million Palästinenser die nicht vertrieben oder in Flüchtlingslager und Elendsquartiere in den arab. Nachbarstaaten gepfercht wurden, stellen billige Arbeitskräfte und eine Reservearmee für das israel. und ausländische Kapital dar, und werden von den Imperialisten und ihren Lakaien aufs ärgste ausgeplündert. Zehntausende Palästinenser und Araber sind arbeitslos, wenn sie überhaupt Arbeit finden, so nur die schlechtest bezahlte. Die Arbeiterverräter der chauvinist. staatlichen Gewerkschaft "Histadruth"diskriminieren sie ständig und hetzen die jüdischen Arbeiter gegen sie auf. Zahllosen arab. Bauern wurde durch willkürliche Auslegung verschiedener Gesetze ihr Land genommen, wenn sie "abwesend" waren. Im Gazastreifen wurden tausende von Beduinen aus Gebieten vertrieben die für jüdische Siedlungen vorgesehen waren. Diese Gebiete

wurden eingezäunt und besetzt. Laufend werden solche israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten errichtet, was einhergeht mit der Deportierung, Inhaftierung und Enteignung der Palästinenser, ihrer Diskriminierung, Entrechtung und blutigen Unterdrückung.
Die UN-Kommission für Menschenrechte beschuldigte Israel in den besetzten Gebieten die Menschenrechte verletzt und Kriegsverbrechen begangen zu haben, die "einen Affront gegen die Menschlichkeit" darstellen. (FR vom 24.3.72)
Durch diese Politik der "vollendeten Tatsachen" und der blutigen Unterdrückung und Enteignung wurden bereits etwa 350 israel. Siedlungen, darunter 40 Kibbuzim, in den besetzten Gebieten geschaffen. Die aggressiv-expansionistischen Pläne des Verteidigungsministers Dayan sehen die Schaffung weiterer urbaner Zentren im Herzen West-Jordaniens vor, vor allem bei Nablus, Ramallah und Jericho. Letzterer brachte im letzten Oktober auch zustande, daß private israelische Kapitalisten in den besetzten Gebieten investieren dürfen. (Le Monde 18./19.2.73)
Die arab. Bauern dürfen kein neues Land aufkaufen. Diejenigen Bauern, die noch Land besitzen, werden durch die staatlichen Genossenschaften und Absatzorganisationen ständig benachteiligt.
Zur Enteignung und wirtschaftlichen Auspressug tritt die rechtliche Unterdrückung: während die jüdischen Einwanderer sofort israel. Staatsbürger werden können, können Palästinenser dies nur, wenn sie nachweislich vor 1948 pal. Staatsbürger <u>und</u> 1952 mit Wohnsitz in Israel registriert <u>und</u> seit 1948 ständig in Israel anwesend waren! Selbst wenn alle diese Bedingungen zutreffen, bleiben sie einer Militärverwaltung unterstellt, die mit unbeschränkten Machtbefugnissen ausgestattet ist. Die arab. Wohngebiete sind zu "Sicherheitszonen" erklärt worden.
Ein Beispiel für die unmenschlichen Terror dieser Militärverwaltung ist das Schicksal der ehemaligen Bewohner der Dörfer Ikrit und Biraam: Diese Dörfer waren nach Schöpfung des Staates Israel 1948 aus "Sicherheitsgründen" evakuiert worden. Als die ehemalig arabisch-christlichen Bewohner im vergangenen Jahr ihre Reservate bei Nazareth verließen und in die Ruinen ihrer Heimatdörfer zurückkehren wollten, wurden sie durch die israelische Militärpolizei und Armee blutig vertrieben, Ende Dezember 72 kehrten die Vertriebenen nochmals zurück und hielten in den Dörfern eine Protestkundgebung ab. Daraufhin wurden durch einen Beschluß des Militärkommandanten der nördlichen Landregion die Dörfer zu "verbotenen Zonen" erklärt. Nur der Besuch der Kirchen und Friedhöfe während des Tages ist erlaubt, aber niemand hat das Recht, dort zu wohnen oder auch nur die Nacht zu verbringen. (Le Monde, Jänner 73)

Die palästinensische Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten ist aller nationalen, politischen, demokratischen und Menschenrechte beraubt und wird blutiger Unterdrückung ausgesetzt.

DIE POLITIK ISRAELS - FORTWÄHRENDER EXPANSIVER MILITARISMUS

Die Eskalierung der Aggressionsakte und der Verbrechen des israelischen Militärregimes gegen die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten ist Ausdruck eines weiteren Rechtsrucks, einer weiteren Radikalisierung der israelischen Bourgeoisie. Diese Radikalisierung hat objektive Gründe, die einerseits im <u>besonderen Charakter der imperialistischen und zionistischen Politik Israels begründet liegen, andererseits in der Entfaltung der allgemeinen Widersprüche einer kapitalistischen Gesellschaft.</u> Sie kann nicht erklärt werden als Reaktion auf die Verstärkung terroristischer Aktivitäten kleinbürgerlicher Geheimbünde wie des "Schwarzen September", kann nicht verstanden werden als Politik der "Vergeltungsschläge". Der Kampf gegen den Terrorismus dient nur als Vorwand, um in einer neuen Form den alten Inhalt durchzusetzen: <u>die Unterdrückung und Liquidierung des Widerstandes</u>

des vertriebenen bzw. unterdrückten palästinensischen Volkes. Denn der Terror und die Gewalt, die in den letzten Wochen und Monaten in ungeheuerlichem Ausmaß das palästinensische Volk und seine Nachbarstaaten trafen, sind so alt wie die zionistische Politik selbst: sie nahmen ihren Anfang mit der gewaltsamen Besiedlung Palästinas durch zionistische Einwanderer. Der Zionismus strebte von Anfang an einen rein jüdischen Staat an, was schon bald nach Beginn der jüdischen Besiedlungen zu Terroraktionen gegenüber dem palästinensichen Volk führte. Die Anschläge der paramilitärisch organisierten jüdischen "Siedlungspolizei" in den 40er Jahren, die Verbrechen der zionistischen Terrororganisation IRGUN, die beispielsweise 1948 in dem Dorf Deir Yassin nahe Jerusalem die gesamte Bevölkerung - 254 Männer, Frauen und Kinder - tötete, unterscheiden sich vom Wesen und Inhalt der Sache her durch nichts von den Bombardierungen der jetzigen neuen "Heimat" der Palästinenser - der Flüchtlingslager - mit Napalm und Giftgas oder der Inhaftierung und brutalen Folterung tausender Palästinenser in israelischen Gefängnissen. Der Charakter des Staates Israel beruht auf der Besiedlung und Besetzung palästinensischen Territoriums, auf der gewaltsamen Ausdehnung des besetzten Gebietes durch 3 Angriffskriege gegen die arabischen Nachbarstaaten 1948, 1956 und 1967, auf der Terrorisierung und Vertreibung der palästinensischen Volksmassen, auf der ständigen Durchführung von Aggressionsakten und der Bekämpfung des palästinensischen Widerstandes.



Der fortwährende expansive Militarismus Israels ist notwendig durch den Charakter dieses Staates als Besatzungsmacht.

ISRAEL - AGGRESSIVE BASTION DES IMPERIALISMUS

Die imperialistischen Mächte, besonders Großbritannien, waren die Geburtshelfer des Staates Israel.

1920 hatte der britische Imperialismus das Mandat über Palästina erhalten. Er unterstützte die Masseneinwanderung von Juden aus aller Welt n nach Palästina und spielte die verschiedenen Bevölkerungsteile gegeneinander aus, nach dem Prinzip "teile und herrsche". Die imperialistischen Mächte sind aber nicht nur mit der Entstehung Israels eng verbunden, sie schützten und unterstützten den jungen Staat und bauten ihn bewußt als Brückenkopf im Nahen Osten auf. Er mußte daher notwendigerweise ein Instrument des Imperialismus werden.

Der expansive Militarismus Israels gegen das palästinensische Volk und die arabischen Nachbarstaaten dient nicht der Rückkehr und dem Verbleib im "Land der Väter" (von wo sie vor rund 2000 Jahren von den Römern vertrieben wurden), keiner nationalen und politischen Selbstbestimmung des jüdischen Volkes (durch die Liquidierung des Selbstbestimmungsrechts eines anderen) - sondern dient der Politik des Imperialismus, den imperialistischen Interessen in diesem Raum.

In einer Fernsehrede unterstrich Nixon die politische Bedeutung Israels: der Nahe Osten ist "die Pforte zum Mittelmeer, die Türangel der Nato und des Ausgangs nach Indien". Israel stellt die wichtigste Bastion des Imperialismus zur Durchsetzung der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Interessen im Nahen Osten dar; um die Einflußsphäre, die strategisch wichtigen Gebiete und die Erdölresourcen an sich zu reissen. 80 % des Erdöls für Europa kommen aus dieser Region. Ab 1980 wird die USA 50 % ihres Erdölbedarfs aus dem arabischen Raum beziehen. Kein Wunder, wenn Nixon droht: "Wenn das militärische Kräfteverhältnis zuungunsten Israels verändert wird, wird es Krieg geben (FR.,3.7.70)." Deshalb unterstützen die imperialistischen Staaten Israel mit Waffen, Geld und Propaganda (Mirage- und Phantom-Lieferungen, "Wiedergutmachung" der deutschen Kriegsschäden, jüdische Institutionen im Ausland); und deshalb muß Israel seine aggressive, expansionistische Politik betreiben, wieder und wieder Verbrechen gegen das palästinensische Volk verüben und den gerechten Kampf des palästinensischen Volkes für Freiheit und Selbstbestimmung zu liquidieren suchen.

Die Ideologie des Zionismus dient somit nur der Rechtfertigung der Handlangerdienste Israels für den Imperialismus. Der Zionismus ist das nationale Glaubensbekenntnis, das die Vertreibung und Unterdrückung des palästinensischen Volkes, die ständige expansive Aggressionspolitik, die Aufhetzung der jüdischen Bevölkerung gegen Palästinenser und Araber rechtfertigen und die dringend benötigte "Einheit" einer "sich verteidigenden Volksgemeinschaft" garantieren soll.

Ein weiterer Hebel, den die Imperialisten in ihrer Nah-Ost-Strategie zur Durchsetzung ihrer Interessen ansetzen, ist die Stützung der reaktionären arabischen Regimes in Jordanien, Kuweit, Saudiarabien usw. Mit Israel als Vorposten und der Hilfe dieser Staaten sollen die nationalen Befreiungsbewegungen niedergehalten und die nationalistischen Regimes, v.a. Ägypten, dazu gebracht werden, einer "friedlichen Lösung" auf dem Rücken der arabischen und palästinensichen Völker zuzustimmen.

VERSCHÄRFUNG DER KLASSENAUSEINANDERSETZUNGEN IN ISRAEL

Die gegenwärtige Politik Israels im Nahen Osten beruht nicht ausschließlich auf dem besonderen Widerspruch zum palästinensischen Volk, sondern ist auch Ausdruck der Entwicklung der allgemeinen Widersprüche, in denen sich Israel aufgrund seiner kapitalistischen Wirtschaftsstruktur befindet. Israel ist ein kapitalistischer Klassenstaat, dessen politische und ökonomische Lage eng mit den anderen imperialistischen Ländern verbunden ist. Der rasche "Aufbau" Israels vom "Entwicklungsland" 1948 zu einer Industrienation nach dem Juni-Krieg 1967 mußte innere Widersprüche mit sich bringen, die sich wie in jeder Klassengesellschaft in sozialen Konflikten und Massenkämpfen äußern mußten. Imperialismus bedeutet nicht nur Aggression gegen fremde Völker, sondern immer auch Unterdrückung des eigenen Volkes.

1970 setzte unter der arbeitenden Bevölkerung Israels eine Phase zunehmender Unruhen ein. Die wirtschaftliche Expansion ging einher mit starken inflationären Tendenzen, Einfrieren der Löhne und einer Teuerungswelle. Dies führte zu wachsenden sozialen Spannungen und zu ansteigender Kampfbereitschaft der israelischen Arbeiterklasse, zunächst v.a. der orientalischen Juden, die meist unqualifiziertere und schlechter bezahlte Arbeiter sind. Die Organisation der orientalischen Juden, die "Black Panther", ist zunehmend politischer Verfolgung ausgesetzt. Laut FR (vom 14.6.72) leben 160.000 jüdische Familien in Elendsvierteln, von 200.000 Bewohnern über 65 Jahren hat die Hälfte im Monag nicht mehr als 135 DM. In 95.000 jüdischen Familien mit mehr als 4 Kindern haben sechs von 10 kein eigenes Bett.

Die Anzahl der Streiktage betrug 1970 400.000 (1968 waren es nur 72.000). Ende 1971 mußte die Regierung ein Anti-Streikgesetz erlassen um wieder Herr der Lage zu werden, 1972 demonstrierten Arbeiter mit Petitionen gegen das Anti-Streikgesetz und bereiteten sich auf die Tarifauseinandersetzungen vor.

RADIKALISIERUNG DER ISRAELISCHEN BOURGEOSIE

Nach dem 6-Tage-Krieg spielten in der israelischen Politik 2 Fraktionen in der Bourgeoisie eine gewisse Rolle, die sich v.a. in der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und in der Frage der Behandlung der besetzten Gebiete unterschieden. Der "gemäßigte" Flügel (Meir, Allon, Eban) ist der Auffassung, daß der wachsenden Krise, die v.a. auf die enormen Rüstungsausgaben und die Aggressionspolitik zurückzuführen ist, durch die Annäherung an die kompromißbereiten Bourgeoisien gewisser arabischer Staaten (Jordanien, Ägypten) beizukommen sei: dadurch würden sich neue Absatzmärkte im benachbarten arabischen Gebiet erschließen und eine gewisse Drosselung der Rüstungsindustrie wäre möglich. Die Vorschläge der "Gemäßigten" bezüglich der besetzten Gebiete reichen von Teil-Annexion bis zur Gründung eines Pufferstaates in Cisjordanien (besetztes Westjordanland).

Dagegen versuchen die "Radikalen" (Dayan) die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch die endgültige Einverleibung und konsequente jüdische Besiedlung der besetzten Gebiete und durch gewaltsames Erzwingen von Öffnungen im arabischen Territorium zu überwinden. Eine konsequente israelische Besiedlungspolitik soll einer politischen Lösung der Frage der besetzten Gebiete auf dem Verhandlungsweg zuvorkommen. Die Radikalen streben danach, die Abhängigkeit Israels vom Zufluß ausländischen Kapitals, insbesondere des amerikanischen, von ausländischen Waffenlieferungen und der jüdischen Unterstützung aus der Diaspora abzubauen. Israel soll keine ausschließliche Agentur des US-Imperialismus darstellen, sondern eine selbständige, lokalimperialistische Politik entwickeln, zu einer imperialistischen Nebenmetropole werden, um so der wirtschaftlichen Krise Herr zu werden. Hinter dieser Position steht das Streben, sich Absatzmärkte und Rohstoffe militärisch zu erobern, wie es im Juni-Krieg geschah. Ein neuer Eroberungskrieg z.B. gegen den libanesischen Süden wäre heute nicht unmöglich. Weder im Krieg 1956 noch 1967 war es Israel gelungen, die eigene imperialistische Vorherrschaft im ökonomisch rückständigen arabischen Raum schlagartig zu erlangen. Jetzt nimmt Israel einen neuen Anlauf: Es beginnt, eine eigene Rüstungsindustrie aufzubauen, die über den eigenen Bedarf hinaus Waffen für den Export produzieren soll. 1972 wurden die Rüstungs- und Militärausgaben auf fast 50 % des Nationalbudgets angehoben.

Die angespannte wirtschaftliche Lage und die Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen bilden den sozioökonomischen Hintergrund für die zunehmende politische Vereinheitlichung und Radikalisierung der israelischen Bourgeoisie. Nach dem Anschlag von München konnten sich die rechten Kräfte in Israel vollends durchsetzen läßt sich ein weiterer Rechtsruck feststellen. Die offen terroristische Politik findet in allen Fraktionen der Bourgeoisie Zustimmung, die Rechtfertigungen der "Falken" und der "Tauben" decken sich. Abba Eban, der früher der "gemäßigten" Fraktion zugerechnet wurde, erklärte: "Eine politische Lösung im Nahen Osten ist derzeit unmöglich, ..., der arabische Terrorist nicht mehr zu verurteilen, sondern auszumerzen" (FR, 21.9.72).

Hier deutet sich an, daß die israelische Bourgeoisie einer "friedlichen Lösung", wie sie Nixon im Februar gegenüber dem ägyptischen Präsidentenberater Ismail begründete (Wiedereröffnung des Suezkanals bei gleichzeitigem begrenten Abzug israelischer Truppen aus gewissen Gebieten), nicht mehr zustimmt und endgültig ihrem Staat eingliedern will, was sie zuvor durch Gewalt, Provokation, Erpressungen und Drohungen in ihren Besitz gebracht hat.

OFFENE WORTE DAYANS

Mitte Februar gab Verteidigungsminister Dayan einige aufschlußreiche Erklärungen ab, die die Haltung der israelischen Bourgeoisie präzisieren - offensichtlich, um die öffentliche Meinung Israels für sich zu gewinnen, bevor die beiden Supermächte mögliche "Friedensinitiativen" setzen, und in Hinblick auf die Wahlen im Herbst, bei denen Dayan als Nachfolger Golda Meirs kandidieren will:

"Ich glaube, daß es nicht das vorrangige Ziel (objectif prioritaire) Israels ist, mit den Arabern Frieden

zu schließen.
Ich will glauben, daß, wenn wir uns bis auf die grenzen vor dem 6-Tage-Krieg zurückziehen würden, die arabischen Staaten und v.a. Ägypten bereit wären, einen Vertrag zu unterzeichnen, der u.a. die Benützung des Suezkanals durch unsere Schiffe vorsehen würde. Jedoch, dieser Friede wäre ein sehr vergänglicher. Außerdem würde unser Rückzug die Verteidungsfähigkeiten unserer Armee beträchtlich vermindern."
"Wir haben jetzt die militärische Macht, die menschlichen Kräfte, die uns dank der Einwanderung der Juden aus der UdSSR erlauben, uns überall niederzulassen. Wir können also die historische Sehnsucht des Zionismus und den seit so vielen Generationen teuren Traum der jüdischen Nation verwirklichen, indem wir uns auf dem ganzen Gebiet von Eretz-Israel niederlassen.
Verfehlen wir nicht diese historische Chance, von der selbst die größten Optimisten niemals träumten. Wir müssen folglich die Errichtung jüdischer Siedlungen in den (besetzten) Territorien ausdehnen und beschleunigen."
Weiters meinte Dayan, daß die arabische "Feindseligkeit" gegenüber Israel auch nicht aufhören würde, wenn ein Friede geschlossen ist. "Nichts rechtfertigt daher historisch die Argumente derer, die einen Rückzug der Israelis aus den besetzten Gebieten und israelische Konzessionen befürworten." (Alle Zitate aus Le Monde 18./19.2.73)

SOLIDARITÄT MIT DER ANTIZIONISTISCHEN OPPOSITION IN ISRAEL

Die barbarischen Verbrechen des Zionismus gegen das palästinensische Volk und die arabischen Nachbarstaaten, die brutale Unterdrückung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten, die verschärfte Ausbeutung der israelischen Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen, die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und der Rechtsruck der israelischen Bourgeoisie haben vielen fortschrittlichen Menschen in Israel die Augen geöffnet für das verbrecherische Wesen des Zionismus.

Die Zionisten sehen sich deshalb in letzter Zeit erstmals einer immer stärker werdenden Opposition fortschrittlicher und revolutionärer Kräfte in "ihrem Heimatland" gegenüber, die die "nationale Einheit" der "Volksgemeinschaft" bedrohen. die Zionisten geraten darüber in große Panik und versuchen, die antizionistischen fortschrittlichen und revolutionären Kräfte Israels durch die Geheimpolizei Shin-Beth überallhin zu verfolgen und bereits im Keim zu ersticken.
Die Aufdeckung eines sogenannten "jüdisch-arabischen Spionage- und Terrornetzes" Anfang dieses Jahres, die zur Verhaftung einer Reihe von Genossen der "Roten Front" führte, war nur der Auftakt zur Entfaltung einer beispiellosen Kampagne gegen die gesamten antizionistischen fortschrittlichen und revolutionären Kräfte. In der israelischen Presse wurde eine wahre Hexenjagd gegen diese Kräfte entfaltet - zum ersten Mal seit der Staatsgründung wurden israelische Juden der geplanten Sabotage, d.h. der aktiven Unterstützung des palästinensischen Widerstands beschuldigt. Im Gegensatz zu den linken Strömungen innerhalb des Zionismus selbst, die von einem angeblichen Selbstbestimmungsrecht der Juden im Nahen Osten ausgehen, erkennen die antizionistischen fortschrittlichen und revolutionären Kräfte in Israel klar, daß nur die Zerstörung des israelischen Staates und die volle Wiederherstellung der Rechte des palästinensichen Volkes die Grundlage für einen demokratischen Staat in Palästina bilden kann, in dem Palästinenser und Juden friedlich und frei von Unterdrückung und Ausbeutung zusammenleben können. Die jüdische antizionistische Opposition hat klar erkannt, daß die revolutionäre Perspektive in Israel selbst untrennbar verknüpft ist mit dem Kampf des palästinensischen Volkes für Freiheit und Selbstbestimmung.
Diese Entwicklung ist für die Zionisten äußerst gefährlich. Sie versuchen gegen die jüdischen antizionistischen Kräfte mit Provokation, Denunziation, Einschüchterung und Terror vorzugehen. Die meisten Ver-



hafteten wurden nicht einmal wegen Teilnahme an diesem sogenannten "Spionagenetz" angeklagt,sondern weil sie sich geweigert haben, Spitzeldienste zu leisten.Die Verhafteten wurden im Gefängnis systematischen Folterungen unterworfen. Die Foltermethoden,die von Schlägen bis zu Elektroschocks reichten, wurden von den Häftlingen ihren Rechtsanwälten und Angehörigen im Detail beschrieben und von den Behörden bis jetzt nicht dementiert. Durch diese brutalen Folterungen wurden teilweise "Geständnisse" erzielt.

Das israelische Militärregime kann antizionistische Organisationen in Israel nicht dulden,denn schon allein ihre Existenz stellt die zionistische Ideologie in Frage.

Für den antiimperialistischen Befreiungskampf im Nahen Osten haben antizionistische Organisationen in Israel große Bedeutung : sie können dazu beitragen,Teile des jüdischen Volkes zum Bruch mit dem Zionismus zu bringen.

"Hauptaufgabe der Kommunisten muß es sein,das Proletariat in Palästina zu einigen,in der jetzigen Phase des Klassenkampfes in Israel die einzelnen Schichten der israelischen Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen die herrschende Klasse Israels und den eng mit ihr liierten imperialistischen Staaten zu einigen UND IN DIESEM KAMPF DEN IMPERIALISTISCHEN CHARAKTER DES REGIMES,GERADE IN SEINEM VERHALTNIS ZU DEM PALASTINENSISCHEN VOLK, AUFZUZEIGEN.

Sicher wird die israelische Arbeiterklasse noch einen langen Weg zu einer Einigung in ihren eigenen Reihen und zum Zusammenschluß mit dem unterdrückt gehaltenen palästinensischen Volk gegen die herrschende Klasse in Palästina zurücklegen müssen.Aber die aufkeimenden KOnflikte zeigen an,daß die herrschende Klasse an den Widersprüchen scheitern wird,die sie ständig hervorruft,und daß einem wahren Frieden in Palästina durch diese Anzeichen der Schwäche des Feindes des palästinensischen Volkes und der Arbeiterklasse Israels erste Zeichen gesetzt sind." (Die Front 2/72)

ABBA EBAN IN WIEN !

Am 13. März 1973 wird der israelische Außenminister Abba Eban Österreich besuchen.Dieser Besuch ist Ausdruck des guten Einvernehmens der österreichischen Regierung mit den Zionisten,das auch durch die letzten Überfälle auf den Libanon und den brutalen Abschuß einer libyschen Passagiermaschine nicht getrübt wurde.An diesem guten Einvernehmen ändert auch nichts,daß Kreisky eher für eine "friedliche Lösung" im Nahen Osten eintritt und das Nah-Ost-Problem bei der Europäischen Sicherheitskonferenz auf die Tagesordnung bringen möchte,während Israel dies aus begreiflichen Gründen ablehnt : es würde Israel politisch schaden,wenn imperialistische Staaten auf dieser Konferenz für eine "gemäßigtere" Aggressionspolitik eintreten und etwa einen teilweisen aus bestimmten Teilen der besetzten Gebiete befürworten würden.
Eban kommt nach Österreich,um sich der weiteren Unterstützung durch die österreichische Regierung zu versichern.

Der Besuch Abba Ebans muß allen Demokraten und Kommunisten ein geeigneter Anlaß sein,um die Verbrechen des ZIonismus und die Unterstützung der Zionisten durch die österreichische Regierung scharf zu verurteilen und massiv für den gerechten Kampf des palästinensischen Volkes einzutreten.Der KB-Wien und die MLS haben sich deshalb an eine Reihe demokratischer und sozialistischer Organisationen gewandt und eine Demonstration für den Zeitpunkt des Besuchs vorgeschlagen.
Die Aktionseinheit bei der Demonstration muß auf folgender politischen Plattform hergestellt werden,auf der sich alle Organisationen und fortschrittliche Menschen vereinigen müssen,die den gerechten Kampf des palästinensischen Volkes wirklich und konsequent unterstützen :

GEGEN DIE EXPANSIVE AGGRESSIONSPOLITIK DER ZIONISTEN !

GEGEN DIE MACHENSCHAFTEN DER IMPERIALISTEN, BESONDERS DER US-IMPERIALISTEN, DIE ISRAEL ALS VORPOSTEN UND ALS INSTRUMENT ZUR DURCHSETZUNG IHRER INTERESSEN IM NAHEN OSTEN UND ZUR UNTERDRÜCKUNG DER ARABISCHEN VÖLKER BENUTZEN !

KAMPF JEDER „FRIEDLICHEN LÖSUNG“, DIE NUR AUF DEM RÜCKEN DES PALÄSTINENSISCHEN VOLKES, AUF DER VERNICHTUNG SEINES WILLENS NACH NATIONALER UND POLITISCHER SELBSTBESTIMMUNG ERFOLGEN KANN !

TEACH-IN MO 12.3.73 20h HSI

ZUR LAGE DES PALÄSTINENSISCHEN WIDERSTANDS UND ZUR FRAGE DER "FRIEDLICHEN LÖSUNG"

KAMPF DEM ZIONISMUS, DEM IMPERIALISMUS UND DER ARABISCHEN REAKTION !

DEMONSTRATION am DI 13.3.73 aus

SOLIDARITÄT MIT DEM PALÄSTINENSISCHEN VOLK IN SEINEM GERECHTEN KAMPF UM NATIONALE SELBSTBESTIMMUNG, FÜR FREIHEIT UND UNABHÄNGIGKEIT ! WIR RUFEN ALLE FORTSCHRITTLICHEN KRÄFTE AUF, SICH MASSENHAFT AN DER DEMONSTRATION ZU BETEILIGEN !!